

# Einigkeit

**Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter**

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4953

**Berlin, 23. Juni 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 25**

## Manifest an die Arbeiterschaft Deutschlands!

### Für die Freiheit, gegen Knechtung und Entrechtung!

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Tagung am 14. Juni einstimmig:

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampfansage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungsaussagen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten.

**Sie erinnert in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.**

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminister sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennt.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist

**der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben.**

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Ueberwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassenscheidung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der großen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer geknechteten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates vom demokratischen Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind, wie die Rechte des einzelnen.

**Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschlands.**

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war abseits aller nationalen Phrasen die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit.

**Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.**

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angekündigten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Wohlfahrtsanstalt“.

**Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung.**

Diesen arbeiterfeindlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewunderten Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermürbung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen.

**Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarien und der pensionierten Offiziere und Generäle stützt,**

von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im gesicherten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzen.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung“ zu führen gedenkt.

**Weiteren Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts,**

mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber

**Schonung und Schutz der Besitzenden,**

insbesondere der Großagrarien — das ist der Sinn des neuen Kurses, der „grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung!“

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschland machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Seid untan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!“

**Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Knechtseligkeit und Muckertum erstickt werden.**

Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und bestiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Fanatiker des Rückschritts gilt es,

**alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigem Widerstand zusammenzufassen.**

Der frevelhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muß scheitern an der vereinten Kraft eures unbesiegbaren Willens.

**Eure Losung muß sein: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!**

**Verbandsmitglieder! Kolleginnen und Kollegen!**

Wir vertrauen auf eure Ueberzeugungstreue, euren Kampfeswillen und euer Solidaritätsbewußtsein, mit Einsetzung eurer ganzen Kraft in diesem gewaltigen Ringen mit der Reaktion den Raub auf unser geschaffenes großes Kulturwerk zu verhindern! Erster denn je sind die Zeiten! Die Kapitalisten, verbunden mit der Adelskaste, rüsten zum Generalsturm auf das werktätige Volk. Wiederum sollen die Proleten dieser umerlöschlichen kleinen Schicht unerhörte Opfer bringen. Die neue Regierung, abhängig von den Gnaden der Kraut- und Schlotjunker und der Faschisten, hat durch ihre Notverordnung den Beweis ihrer Volksfeindlichkeit erbracht.

Der neue Kurs der Hitler-Barone bürdet der Arbeiterschaft unerträgliche Lasten auf. Die Unterstützung wird für die Erwerbslosen in einem Ausmaße gekürzt, daß ihnen und ihren Familien jede Lebensmöglichkeit vernichtet wird. Neue Lasten und Steuern werden allen aufgeladen, die noch Arbeit haben. Aber die besitzende Klasse wird mit diesen Abgaben verschont. Und was tun die Faschisten? Sie unterstützen die Regierung der Barone. Was sie gestern verfluchten, beten sie heute an. Alle ihre Versprechungen vor den Wahlen sind jetzt vergessen und alle Verschlechterungen gegen die Arbeiterschaft in der neuen Notverordnung werden geduldig hingenommen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen und alle, die auf Arbeit angewiesen sind, werden bei den kommenden Reichstagswahlen mit den Volksbetrügern Abrechnung halten. Heilige Empörung wird über die von den Kapitalisten ausgehaltene Partei zu Gericht sitzen. Nie wollen wir das gigantische Betrugsmanöver der Faschisten bei den letzten Wahlen vergessen. Jetzt sind sie entlarvt als die Feinde der Arbeiterschaft.

Hammerschaften vor die Front! Ihr seid die Avantgarde unserer Kulturbewegung! Laßt keine Minute nutzlos verstreichen! Nützt die Zeit, es geht um Sein oder Nichtsein! Reißt die Zaghaften und Lauen durch eure Aktivität heraus aus ihrer Gleichgültigkeit! Reißt sie ein in die große Millionennarmee der kämpfenden, klassenbewußten Arbeiterschaft. Wir sind die Träger des Staates und des Wirtschaftslebens, und wir werden kämpfen bis zum letzten Atemzug für

die Freiheit, gegen Knechtung und Entrechtung. Heiliges Feuer muß uns beseelen in dem großen Ringen gegen unsere Feinde! Eiserner Wille wird unsere Kraft stählen und uns zum Siege führen! Bleibe kein Kollege und keine Kollegin abseits, schließt euch an der großen Kampfarmee der freien Gewerkschaften!

**Um eure und eurer Familien Glück und Zukunft kämpfen wir!**

## Verordnete Not der Monokelträger

Die Regierung der Kraut- und Schlotjunker von Hitlers Gnaden bescherte dem deutschen Volke eine Notverordnung, die alle bisherigen Verordnungen der Brüning-Regierung in den Schatten stellt. Ungeheure Belastungen werden der arbeitenden Klasse und dem Mittelstand aufgebürdet. Selbst der neue Reichsarbeitsminister Schaeffer mußte erklären: „Die Kürzungen am Sozialetat sind schwerer als ich es eigentlich verantworten kann.“ Mit diesen Worten wird die Situation grell beleuchtet. „Nieder mit dem System“ erschallte es im Faschistenlager und bei der republikfeindlichen Reaktion. „Es lebe das System“ kann jetzt festgestellt werden.

Die neue Regierung steht zu ihrer Erklärung und sie hat ungeheure Opfer der breiten Masse aufgeladen. Die Invaliden-, Angestellten- und knappschaftliche Leistungsversicherung wird in ihrer Leistung allgemein auf den Stand von 1927 zurückgesetzt. Im Durchschnitt betragen die Rentenkürzungen, auch bei Unfallrenten, 15 Proz. Bei den Kriegsbeschädigten ist noch ungeheurerlicher vorgegangen worden. Hier tritt eine 20proz. Kürzung der Renten für kinderlose Kriegsbeschädigte, bei noch erwerbsfähigen sogar bis zu 50 Proz. und ferner große Kürzungen der Zahlungsdauer der Kinderzulage und Waisenrenten ein.

520 Millionen Mark werden den Arbeitslosen weggestrichen. Durch die Notverordnung wird die Unterstützungsleistung im Durchschnitt um 23 Proz. gekürzt. Die Unterstützungsdauer wird von 20 auf 6 Wochen herabgesetzt, hiernach tritt die Bedürftigkeitsprüfung ein. Die Krisenunterstützung wird von der Bedürftigkeitsfrage abhängig gemacht bei einer durchschnittlichen Unterstützungssenkung um 10 Proz. Die Wohlfahrtsunterstützung wird um 15 Proz. gesenkt. Zur Aufbringung des noch verbleibenden Defizits wird eine neue Beschäftigtensteuer für alle Lohn- und Gehaltsempfänger bei den Beamten eingeführt. Die Abgabe beträgt bei einem Arbeitseinkommen bis zu 125 Mk. monatlich 1,5 Proz., bis zu 300 Mk. monatlich 2,5 Proz., ansteigend bis zu 5,75 Proz. bei einem Monatseinkommen von 700 Mk. Dieser Prozentsatz ist auch maßgebend bei einem monatlichen Einkommen bis zu 3000 Mk. Die bisher zugelassene Freigrenze bis zu 1500 Mk. Lohnsteuer fällt dadurch weg. Durch diese Besteuerung wird der Lebensstandard der Arbeiterschaft noch weiter herabgedrückt, und gleichzeitig verschont die Notverordnung die besitzende Klasse mit höheren Lasten.

Dieser Notverordnung wird die Krone durch eine Salzsteuer aufgesetzt, durch die bei einer Besteuerung des Kilo Salzes mit 12 Pfennig 70 Millionen Mark im Jahr aufgebracht werden sollen. Also die Ärmsten der Armen werden mit dieser Steuer belastet und alle jene, die in Hitler ihren Retter aus den wirtschaftlichen Nöten erblicken, können sich einen Einblick verschaffen, wie es im Dritten Reich aussehen wird.

Damit auch der Mittelstand einen Vorgeschmack vom Dritten Reich bekommt, wird die Freigrenze für die Umsatzsteuer bis zu 5000 Mk. aufgehoben.

In Zukunft kann auch die Kirchensteuer vom Lohn- und Gehaltseinkommen gepfändet werden. Die Pfändungsgrenze bei Löhnen und Gehältern wird von 195 Mk. auf 165 Mk. ermäßigt. Ueber Arbeitsbeschaffung steht kein Wort in der Notverordnung. Die von der Brüning-Regierung geplante Prämienanleihe ist in der Versenkung verschwunden. Einzig positive Bestimmungen gelten für Wohnungsreparaturen und Wohnungsschlüsse, wobei die Regierung Darlehen durch Zuschüsse leisten will. Weiter wird bei der Arbeitsbeschaffung erwähnt die Planung von Straßen-

bauten, Wasserbauten, Meliorationen durch den freiwilligen Arbeitsdienst, wozu 20 Millionen und für landwirtschaftliche Siedlungen 50 Mill. Mk. neu eingestellt werden. Für ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm kommen diese Beträge überhaupt nicht in Frage. Die Erwerbslosen können weiter hungern und sehen, wie sie mit der stark gekürzten Unterstützung ihr Leben fristen können.

Als die Barone mit den Regierungsgeschäften betraut wurden, frohlockte die ihnen nahestehende Presse, es kommen Notverordnungen ohne neue Steuern; und mit großer Bestimmtheit wurde behauptet, daß auf eine Beschäftigtensteuer verzichtet wird. Wenn wir weiter den im Haushaltsausschuß des Reichstages angenommenen Antrag der Kommunisten mit Zustimmung der Nazis, wonach ein weiterer Abbau der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge zurückgewiesen wurde, uns vergegenwärtigen, dann wird es den Faschisten bestimmt nicht leicht sein, die Notverordnung ihrer geduldeten Regierung zu verteidigen.

**Aufklärungsarbeit darf nie erlahmen!**

**Am 25. Juni ist der 27. Wochenbeitrag fällig**

Die Arbeiterschaft weiß nunmehr, wohin die Reise der Hitler-Barone geht. Es wird ihr daher nicht schwer fallen, bei der kommenden Reichstagswahl gründliche Abrechnung mit den Volksbetrügnern vorzunehmen, die in demagogischer Weise allen Versprechungen machte. Vergessen wir das nicht! Am 31. Juli werden wir Abrechnung halten und alles einsetzen, daß uns weiter die Schande der Faschisten erspart bleibt.

### Wochenschau

**SA marschiert — wer finanziert?** Als Gegenleistung für die Unterstützung haben die Jurker- und Baronierregierung Hitler das Uniformverbot für seine Privatarmee freigegeben. Die SA hat eine neue Uniform, die Notordnungskluft, erhalten, für die ein Betrag von rund 15 Millionen Mark aufzubringen ist. Angesichts des herrschenden Massenelendes taucht die Frage auf, wer kommt für die Finanzierung auf. Die „B. Z. am Mittag“, Nr. 141, schreibt, es würde in aller Öffentlichkeit, namentlich in Rechtskreisen, davon gesprochen, daß die Uniformfrage eine finanzielle Belastung für das Reich bringe! Es besteht der Verdacht, daß Hitler die Notverordnungsuniform aus einem Geheimfonds vom Reich bezahlt bekommt.

**Nazis tolerieren Regierung v. Papen.** Mit der Regierungserklärung und der 5. Notverordnung sind die Nazis sehr zufrieden. So schrieb der „Völkische Beobachter“, die vom Kabinett v. Papen geforderte „Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit liege ganz auf der Linie der nationalsozialistischen Wünsche“. Demnach bekennen sich die Nazis trotz allen Leugnens zum brutalsten Vorgehen gegen die Arbeiterschaft, der 5. Notverordnung durch die Barone- und Junkerregierung.

**Schwerindustrie lobt Hitler.** Die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerkszeitung“ stimmt für Hitler, da er für das feudale Reichskabinett eintrat, folgende Lobeshymne an: „Höchstes Lob gebührt dem Agitator, der seine Gaben, aber auch das, was ihm versagt ist, richtig einzuschätzen weiß, und neidlos den Staatsmann (v. Papen. D. Red.) gewähren läßt, nachdem er ihm die Waffe geschmiedet hat und zum Gebrauch bereit hält.“

**Bayrische Einheitsfront zu den Reichstagswahlen.** Die Bayrische Volkspartei und der Bayrische Bauern- und Mittelstandsbund verhandeln über einen gemeinsamen „Bayern-Block“ und wollen eine Gemeinheitsliste zu den Reichstagswahlen aufstellen.

**Lausanner Konferenz eröffnet.** Am 16. Juni wurde die Lausanner Konferenz durch den englischen Ministerpräsidenten MacDonald eröffnet. In seiner Begrüßungsrede betonte er, daß sich die Beratung auf Reparations- und Wirtschaftsfragen beschränken soll.

**Hoover amerikanischer Präsidentschaftskandidat.** Die republikanische Partei in Chicago hat nach stürmischer Auseinandersetzung den bisherigen Präsidenten Hoover zu der kommenden Präsidentschaftswahl als Kandidaten vorgeschlagen. Im Parteiprogramm werden radikale Schutzzollmaßnahmen, verkürzte Arbeitszeit bei hohen Löhnen und die Errichtung von Heimstätten verlangt.

**Frankreich sorgt für Arbeitslose.** Die französische Regierung erklärte der sozialistischen Kammerfraktion, daß eine Verordnung erscheine, wonach die Abschaffung der sechs-Monats-Grenze durchgeföhrt wird. Künftig soll also die Arbeitslosenunterstützung so lange bezahlt werden, bis der Arbeitslose Arbeit erhalten hat. Weiter sollen alle Verfahren gegen arbeitslose Mieter eingestellt werden, die ihre Miete nicht bezahlen können.

**Wirtschaftskrise in Frankreich.** In den letzten fünf Monaten haben 60 000 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen, während es im Jahre 1931 92 000 gewesen sind. Da keine strenge Ausreisekontrolle besteht, werden die wirklichen Zahlen auf das Doppelte geschätzt.

**Weltwirtschaftskonferenz in Rom.** Aus amerikanischen Kreisen stammt der Vorschlag, im Herbst die Weltwirtschaftskonferenz nach Rom einzu-berufen.

**Nazis und Kommunisten gegen Arbeitslosenversicherung.** Im Preussischen Landtag führte der Kommunist Koenen am 2. Juni unter tosendem Beifall der Nazis aus: „Die ganze Arbeitslosenversicherung stellt nur eine Ausplünderung der Arbeiter dar und ihre Selbstverwaltung einen Gewinn für die sozialdemokratischen Koenen. Diese Ausführenden der KPD, die sich nicht genug für die „Einheitsfront“ erwärmen kann. Dazu spenden die Nazis Beifall, ohne daß daran etwas geändert wäre, daß erst einige Tage vorher zwischen beiden eine „Landtagsschlacht“ stattfand. Beide Parteien nennen sich „Arbeiterpartei“.

### Hitlers Armee marschiert

Die Adelsregierung hat der armen Bevölkerung weitere schwere Lasten aufgebürdet. Als Kaufpreis für diese Unterstützung mußte die Regierung den Nazis versprechen, den Reichstag aufzulösen und das SA-Verbot aufzuheben. Die Aufhebung des SA-Verbot erfolgte demgemäß prompt zwei Tage nach der Hungernotverordnung, obwohl von seiten der süddeutschen Länderregierungen auf die schweren Gefahren hingewiesen wurde. Die Reichsregierung bestand auf ihrem Schein, weil Hitler mit seinem Stab auf den Kaufpreis für seine Tolerierung der Notverordnung nicht verzichtete. Die Opfer der Hungernotverordnung werden in Zukunft mit besonderem Vergnügen die braunen Notverordnungsfliegen betrachten, deren neue Uniformen von den aus den ärmsten Menschen herausgepreßten Pennen bezahlt werden.

Im Abschnitt 1 dieser Notverordnung gegen politische Ausschreitungen wird geregelt, unter welchen Umständen politische Versammlungen und Aufzüge aufgelöst werden können. Im zweiten Abschnitt werden die bisher geltenden Vorschriften für periodische Druckschriften zusammengestellt und teilweise abgeändert. Der dritte Abschnitt enthält die Vorschriften, denen sich politische Verbände zu unterwerfen haben. Sie müssen auf Verlangen dem Reichsinnenminister ihre Satzungen einreichen und diese nach dem Willen des Ministers ändern. Lehnen sie dies ab, so verfallen sie der Auflösung. Im Abschnitt 4 sind die wesentlich verschärften Strafbestimmungen, die Anwendung finden, wenn gegen die vorhergehenden Bestimmungen verstoßen wird.

Mit dieser Notverordnung wurde ein Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister veröffentlicht, in dem es heißt, daß der Reichspräsident die von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen habe, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so ist der Reichspräsident entschlossen, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Eine deutliche Warnung an die SA-Horden, die den gemeinsten Terror gegenüber Andersdenkenden ausüben. Ihr Uebermut wird noch um vieles größer werden durch die Freiheiten, die sie sich gegen Zustimmung für eine weitere Verelendung der breiten Massen erkauft haben. Die SA-Horden werden aber auf Widerstand stoßen, denn die Arbeiterschaft läßt sich nicht abschlagen von Leuten, die vorgeben, den Kapitalismus zu bekämpfen, den Träger dieses kapitalistischen Systems bis heute aber noch kein Haar gekrümmt haben, desto reichlicher aber Arbeiterblut an ihren Fingern kleben haben.

## Bundesausschußsitzung des ADGB.

Ueber das vom Bundesvorstand einstimmig beschlossene Manifest berichteten wir im Leitartikel. Kollege Leipart ging bei seiner Berichterstattung auf die wichtigsten Vorgänge, die sich in letzter Zeit abspielten, näher ein, und in der Debatte wurde auch einmütig dem vom Bundesvorstand unternommenen Bemühungen zugestimmt.

Kollege Spliedt berichtete über die Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend und legte dazu Richtlinien vor.

In der Aussprache wurde besonders von den Verbandsvertretern, deren Verbände unter überaus großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, grundsätzliche Bedenken gegen den freiwilligen Arbeitsdienst vorgetragen. Es wurde nachgewiesen, daß im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführte Arbeiten sogar teurer sind, als die bei freier Arbeit. Dadurch werde diesem ganzen Projekt keine lange Dauer beschieden sein können und es könne niemals zur Wiederbelebung der Wirtschaft beitragen. Von den Befürwortern des freiwilligen Arbeitsdienstes wurde dagegen auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, die Jugend vor dem vollständigen Zusammenbruch zu schützen. Es sei daher notwendig, daß die Gewerkschaften ihre Mitwirkung zusagen und alles versuchen, den freiwilligen Arbeitsdienst in erster Linie zum wirklichen Jugendschutz auszubauen. Die vorgelegten Richtlinien wurden angenommen.

## Lohnabschluß mit den Brotfabriken Rheinland und Westfalen

Nach langen und schweren Verhandlungen kam ein Neuabschluß mit dem Verband der Brotfabrikanten zustande. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, denn die Unternehmer stellten maßlose Forderungen. In freier Verhandlung war es nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen. Es mußte somit der Schlichter angerufen werden, der aber in der Ferienfrage einen Vorschlag machte, der sogar über die Forderungen der Unternehmer hinausging. Er schlug eine nur 75prozentige Bezahlung der Ferien vor. Außerdem noch Verschlechterungen in der Ueberstundenbezahlung und eine Verfallklausel, daß für jeden Tarifgegner Tür und Tor geöffnet gewesen wäre. In der Lohnfrage sah der Spruch einen Abbau von rund 5 Proz. vor. Der Spruch sollte am 2. Mai wirksam werden.

Der Schiedsspruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Die Unternehmer beantragten die Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium. Dort führten die Verhandlungen zur Einigung. Es konnte erreicht werden, daß die alte Ueberstundenbezahlung in Kraft blieb, desgleichen auch die Bestimmungen über Nachforderungen, so daß für die Tarifgegner ein grundsätzlicher Riegel vorgeschoben ist.

In der Ferienfrage konnte der Spruch insofern verbessert werden, daß die unglückliche prozentuale Bezahlung beseitigt und nur eine Einschränkung der Ferien um ein bis zwei Tage für das Jahr 1932 zugegeben wurde. Der neue Lohn tritt nicht ab 2. Mai, sondern erst ab 3. Juni in Kraft.

Betrachten wir das Ergebnis in seiner Gesamtheit zu den ungeheueren Forderungen der Unternehmer, so steht fest, daß die Organisation im Interesse der Kollegen eine gute Abwehrarbeit geleistet hat. Ohne starke Organisation wären die Kollegen schutzlos der Willkür der Brotfabrikanten ausgeliefert worden. Wiederum ein Zeichen, was eine gut gefügte Organisation auch in der schweren Krisenzeit leisten kann. Hinweg mit allem, was den Zwiespalt fördert, damit wir auch in Zukunft die Anschläge des Unternehmertums abwehren können. K. W.

## Bezirkskonferenz in Andernach

Am 12. Juni tagten die Funktionäre der Ortsgruppen des Bezirks Koblenz, um Stellung zu nehmen zu wichtigen Verbandsangelegenheiten. Das einleitende Referat hielt Gauleiter Kollege Wildermuth über den „Kampf mit unseren Gegnern“. Hier am Mittelrhein wird es der Reaktion nicht gelingen, in unsere Reihen einzubrechen, solange wir ein geschlossenes Ganzes bilden, und das wird immer sein.

Ueber „Organisation und Agitation“ sprach Bezirksleiter Kollege Blome. Er bezeichnete die Agitation als die Grundlage der Organisation. Den uns noch Fernstehenden muß mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt werden, wie verderblich und eines klassenbewußten Arbeiters unwürdiges Benehmen es ist, die Reihen der Arbeiterschaft zu schwächen und den Unternehmern in jeder Hinsicht Vorschub zu leisten.

Die Diskussion, an der sich Kollegen aus verschiedenen Orten beteiligten, zeigte so recht den Kampfgeist, der in den Ortsgruppen herrscht. Die Kollegen wissen, was sie ihrer Organisation zu verdanken haben und es kam zum Ausdruck, gerade in dieser schweren Zeit der Organisation die Treue zu bewahren. Zum dritten Thema der Tagesordnung: „Ver-

waltungsaufgaben und Unterstützungswesen“ sprach Kollege Rummel. Er verwies auf die schlechte Beschäftigung der Kollegen unseres Verbandes, die zur Folge hatte, daß die Verbandsleitung leider gezwungen war, auf einigen Gebieten der Unterstützungen eine Aenderung vorzunehmen, die aber im Interesse unserer alten Pioniere unabwendbar waren. Der Gedanke und die Ueberzeugung, daß es in absehbarer Zeit auch wieder aufwärtsgehen wird, trug wesentlich zu dieser guten Stimmung bei.

Am Schlusse ermahnt der Vorsitzende der Ortsgruppe Andernach, Kollege Löw, die Teilnehmer mehr als bisher für die Organisation zu werben, damit es keine Unorganisierten mehr gibt. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation die Tagung.

## 40 Jahre Treue zum Verband



August Möller  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 14. 4. 1887

Emil Timmermann  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 10. 1. 1886

Eduard Dieckmann  
Bäcker, Kiel  
Eingetreten 1. 7. 1891



August Meyn  
Böttcher, Lüneburg  
Eingetreten 1. 4. 1891

Karl Bohne  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 10. 1. 1886

Max Schmuda  
Böttcher, Essen  
Eingetreten 31. 8. 1891

## Eine feine Konditorei

Zwei Klagen der Witwe R. vor dem Landgericht und Arbeitsgericht in Berlin stellen die Konditorei Hilbrich in ein recht ungünstiges Licht. Der Sachverhalt ist folgender:

Während der Arbeit im Betriebe verstarb plötzlich der seit 17 Jahren beschäftigte Mann der Klägerin. Die Leiche wurde der Frau mittels Geschäftsauto ins Haus geschafft. Sich nach der Todesursache erkundigend, wurde ihr erklärt, daß der Tod infolge Herzschlages eingetreten sei. Frau R. konnte nicht glauben, daß ihr Mann an Herzschlag gestorben sei und stellte, in der sicheren Annahme, daß es sich um einen Betriebsunfall handele, beim Landgericht Berlin gegen die Firma Hilbrich Klage auf Schadenersatz.

Die Klage wurde abgewiesen. Die Firma nahm nun Anlaß — aufgebracht darüber, daß die bedauernswerte Frau ihr vermeintliches Recht gesucht hatte — der Witwe ein versprochenes Monatsgehalt des verstorbenen Mannes von 160 Mk. nicht zur Auszahlung zu bringen. Auch das Versprechen, die Frau im Betriebe zu beschäftigen, wurde nicht erfüllt.

Die zweite Klage vor dem Arbeitsgericht wegen Verweigerung der versprochenen Einstellung lautete auf Bezahlung der Kündigungsfrist von 45 Mk. Geschäftsführer Dr. Papke erklärte, daß er der Klägerin keine Arbeitsstelle versprochen habe, lehnte aber einen ihm auferlegten Eid hierüber ab und schob diesen der Klägerin zu. Diese erklärte sich hierzu bereit. Das Gericht nahm von einer Eidesleistung seitens der Klägerin Abstand und sah die Angabe

der Klägerin dadurch als erwiesen an, daß der Geschäftsführer Dr. Papke durch Ablehnung des Eides zu erkennen gegeben habe, daß er von der Wahrheit seiner Behauptung nicht überzeugt sei. Die Firma wurde zur vollen Höhe der Antragssumme kostenpflichtig verurteilt.

Dieses Vorkommnis war außerordentlich pietätlos, indem der schwer betroffenen Frau die Leiche ihres Mannes in die Wohnung geschafft wurde, ohne sie zuvor in schonender Weise von dem tragischen Vorfall in Kenntnis zu setzen. Dann läßt das Verhalten des Geschäftsführers wenig soziales Verständnis erkennen. Fast 20 Jahre hat der Verstorbene sich mit seiner ganzen Kraft in den Dienst der Firma Hilbrich gestellt. Innerhalb dieser Jahre hat er immer nur soviel verdient, daß es zur minimalsten Lebensführung reichte. Der plötzliche Tod stellte die Frau des Verstorbenen vor ein Nichts. Anstatt der Frau helfend zur Seite zu stehen und ihr den Uebergang zu erleichtern, stellt man sich aus gekränktem Ehrgefühl abseits und überläßt die Frau eines ehemaligen treuen Mitarbeiters durch Verweigerung einer Beschäftigung im Betriebe dem Hunger.

Etwas weniger Sozialpolitik auf den Lippen, aber etwas mehr in der praktischen Durchführung könnte der Firma Hilbrich in der Öffentlichkeit zu einem weit größeren Ansehen verhelfen!

## Ein Militärarzt gegen das Tragen schwerer Lasten

Der dänische Militärarzt Dr. Louis Fraenkel veröffentlicht in der medizinischen Zeitschrift „Militaerlaegen“ einen Artikel „Die Landwirtschaft schone den Rücken der Kinder“.

Dr. Fraenkel hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Ursache der vielen Rückenmißgestaltungen der wehrpflichtigen jungen Leute ausfindig zu machen und dafür besondere statistische Aufzeichnungen von den Musterungsbehörden seit 1928 aufstellen lassen. Die Erhebung erstreckt sich auf 165 495 junge Leute von etwa 20 Jahren. Man muß sagen, daß die Größe des Untersuchungsfeldes nichts zu wünschen übrig läßt.

Von dieser Schar waren 7220 völlig dienstuntauglich und 8237 nur bedingt diensttauglich wegen Krümmung und Schiefheit von Rücken, Brust und Becken. Der örtlichen Herkunft nach stammten die Rücken-, Brust- und Beckenkranken zum weitaus größten Teil vom Lande. Von den sieben Militärbezirken des Landes ist der Kreis I fast städtisch, die Kreise II bis VII überwiegend landwirtschaftlich. Nach dieser Teilung gibt die Statistik für die Jahrgänge 1928 bis 1932 folgenden Aufschluß:

	Kreis I Gesamt- zahlen	Kreise II—VII in Gesamt- Proz. zahlen	Das ganze Land in Gesamt- Proz. zahlen
Untersuchte . . .	40 858	— 124 537	— 165 495
davon Rücken-, Brust- und Beckenkranke .	1 606	3,93 13 901	11,16 15 507
Untaugliche . . .	13 203	32,34 44 597	35,81 57 800
davon Rücken-, Brust- und Beckenkranke .	604	4,57 6 666	14,43 7 270
Bedingt Taugliche	7 608	18,62 29 102	23,37 36 710
davon Rücken-, Brust- und Beckenkranke .	1 002	13,17 7 235	24,86 8 237

Er erklärt, daß die Zahlen den sicheren Beweis liefern, daß die Rücken-, Brust- und Beckenmißgestaltungen auf dem Lande weit häufiger vorkommen als in der Stadt. „Es liegt nahe, zu schlußfolgern, daß eine etwas mehr schonende Behandlung der ländlichen Jugend eine Verminderung der Invalidität zur Folge haben würde.“

Ueber die direkte Ursache schreibt Dr. Fraenkel: „Wenn man diese Wehrpflichtigen ausfragt, bekommt man von der überwältigenden Mehrzahl die Antwort, daß sie seit den frühesten Arbeitsjahren schwere Säcke schleppen mußten. Es liegt nahe, zu schlußfolgern, daß viele der Rückenkrankungen einer Ueberanstrengung im ganz jungen Alter, vor Abschluß des Wachstums und der Festigung des Knochengerüsts, zuzuschreiben sind.“

Von den Ausführungen Dr. Fraenkels sei noch folgendes besonders hervorgehoben:

„Auf dem kürzlich abgehaltenen Schulkongreß kam eine Frage von großer Bedeutung zur Sprache: die Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr. Schulrat Kaalund-Jørgensen meinte, daß eine solche Verlängerung auf den Widerstand der Landwirtschaft stoßen würde, weil man die Kinder bei der Arbeit schwerlich bis zur Vollendung des 15. Jahres entbehren wolle.“

Ich bin der Auffassung, daß selbst 15jährige Burschen noch dringend der Schonung bedürfen; eine derartige Verlängerung der Schulzeit mit einem Jahr wäre von ganz außergewöhnlich großer Bedeutung für die Kinder, für den Körper sowohl wie für den Geist. Es wäre eine Verminderung des gedankenlosen Mißbrauches, der mit den Kindern an so manchen Orten auf dem Lande getrieben wird, und dessen Resultat nicht nur Mißgestaltung, Schiefheit und Krümmung in der Jugend bedeutet, sondern Invalidität während des ganzen Lebens.“

## Krabbenschälen

Das Wasser in der Hafenerinne steigt immer höher. Bald ist der Höchststand erreicht. Am Horizont tauchen weiße Flecke auf. Sie werden größer und größer. Jetzt heben sie sich schärfer ab. Es sind die weißen Segel der heimkehrenden Küstenfischer, die weit draußen in der Nordsee auf Krabbenfang ausgefahren waren. Nun kommen sie in den Hafen hinein. An der langen Brücke der Fabrik legen sie an. Sie laden ihren Fang aus.

Millionen und Abermillionen von kleinen Krebsen — wir nennen sie Krabben, unter diesen Namen kommen sie auch in den Handel — werden ausgeladen. Sie kommen in die Fabrik. Die kleinen werden durch das Sieb ausgeschieden und kommen in die Trockendarren. Sie werden getrocknet und zu Fischmehl verarbeitet. Die großen werden gekocht und kommen auf Lastkraftwagen nach den Städten und Ortschaften Dithmarschens. Die Krabben werden von den Fischern an die Konservenfabriken geliefert. Von hier holen nun die Frauen sich die Krabben zehnz-, zwanzig- und dreißigpfundweise ins Haus. Im Hause werden die Krabben von der Schale befreit. Fleisch und Schale werden gesondert wieder an die Fabrik abgeliefert. Das Fleisch wird konserviert, in Dosen eingemacht und kommt als Nordseekrabben in den Handel. Die Schale wird in Trockendarren getrocknet und zu Fischmehl verarbeitet.

Was uns in diesem Zusammenhang am meisten interessiert, daß sind die Organisationsverhältnisse und Lohnverhältnisse dieser Heimarbeiterinnen. In Marne gehören sämtliche Krabbenschälerinnen unserem Verband an. In anderen Ortschaften sind die Organisationsverhältnisse nicht so gut. Der straffen, zielklaren Organisationsarbeit ist es gelungen, den Lohn der Krabbenschälerinnen seit 1925 dauernd zu verbessern. Umgeheure Arbeit und Kämpfe waren erforderlich, um den Schällohn für zehn Pfund Krabben von 40 auf über 70 Pf. hinaufzubringen.

Wie in allen Berufszweigen, so wollten auch die Unternehmer der Krabbenindustrie die an sich sehr niedrigen Löhne abbauen. Sie traten mit Abbauforderungen von 30 und mehr Prozent auf den Plan. Der Schlichter griff ein. Er fällt einen Spruch, der einen 25prozentigen Lohnabbau vorsah. Alles, was in mühseliger Arbeit durch die Organisation erreicht war, wurde durch den Machtspruch des Schlichters ausstrahlt. Rechnen wir den heutigen Lohn von 56 Pfg. für zehn Pfund Krabben in Stundenlohn um. Eine Frau, die gut schälen kann, gebraucht zum Ausschälen von zehn Pfund Krabben zwei Stunden, wenn die Krabben gut und groß sind. In der Regel sind sie aber so klein, daß mindestens drei Stunden und vielleicht noch länger daran gearbeitet werden muß. Wird nun der Stundenlohn berechnet, so erhält die Krabbenschälerin tatsächlich im günstigsten Fall einen Stundenlohn von nur 28 Pfg. In der Regel erhält sie aber nur einen Stundenlohn von 20 Pfg. für eine nervenzermürende, aufreibende Arbeit.

Eine Verbesserung dieser miserablen Löhne kann nur der Zusammenschluß im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband, kann nur die Treue der Mitglieder zur Organisation und eine unermüdete Werbearbeit für die Organisation herbeiführen. Die letzte Krabbenschälerin muß dem Verbands-

geführt werden, dann wird auch einmal der Spruch des Schlichters wieder wettgemacht werden können. In der Stärke der Organisation liegt die Höhe des Lohnes.

## Zunehmende Eigenerzeugung von Butter

Rückgang des Frischmilchabsatzes.

Seit zwei Jahren wird von mehr als 1500 Molkereien laufend berichtet über die tägliche Milchlieferung und über die Verwertung der Milch. Die Gegenüberstellung der monatlichen Durchschnittsziffern dieser Milchstatistik, die im ersten Juniheft der Zeitschrift „Statistik und Wirtschaft“ enthalten ist, bringt viel Klarheit in das noch recht unübersichtliche Gebiet der Milchwirtschaft.

Um ein möglichst zutreffendes Bild zu gewinnen, sind zu der vergleichenden Gegenüberstellung nur die Berichte aus den Molkereien berücksichtigt worden, die sich in den beiden Jahren regelmäßig an der Berichterstattung beteiligten. Bei 1341 Molkereien wurden 1930 rund 3,48 Milliarden Liter und 1931 rund 3,47 Milliarden Liter Milch angeliefert. Die monatlichen Schwankungen in der Milchlieferung sind in den beiden Jahren fast gleichmäßig verlaufen. In der ersten Hälfte des Jahres steigt die Anlieferung von Monat zu Monat. Sie erreichte im Jahre 1931 ihren Höhepunkt im Monat Juni mit täglich 11,90 Millionen Litern. Vom Juli an geht die Anlieferung bereits wieder zurück und erreicht ihren tiefsten Stand im November. 1931 wurden in diesem Monat im Durchschnitt täglich nur rund 8 Millionen Liter Milch angeliefert.

Der überwiegende Teil der angelieferten Milch wird von den Molkereien verarbeitet. Im Jahresdurchschnitt wurden täglich nur 2,92 Millionen Liter als Frischmilch abgesetzt. Davon wurden in Form von Flaschenmilch nur 262 000 Liter verkauft. Der Frischmilchabsatz ist im Vergleich zu dem vorhergehenden Jahr im Gesamtjahresdurchschnitt um rund 8 Proz. gesunken. Der Rückgang des Absatzes an Flaschenmilch beläuft sich sogar auf 19 Proz.

Die Werkmilchverarbeitung ist gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Proz. gestiegen. Im Jahresdurchschnitt wurden täglich 6,55 Millionen Liter Milch verarbeitet. Davon wurden 1931 im Durchschnitt täglich 2,2 Millionen Doppelzentner Butter hergestellt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Butterproduktion um 5,3 Proz. gestiegen. 1931 wurden im Durchschnitt täglich 380 Doppelzentner Hartkäse hergestellt, 3,3 Proz. mehr als im Vorjahr. Weichkäse wurden durchschnittlich nur 344 Doppelzentner täglich hergestellt, was einen Rückgang von 7,2 Proz. bedeutet.

Die geringe Verschiebung zwischen dem Frischmilchabsatz und der Werkmilchverarbeitung ist nur auf den Rückgang der Massenkaufkraft zurückzuführen. Ein bedenkliches Zeichen, weil Deutschland im Verbrauch von Frischmilch pro Kopf weit hinter anderen Industrieländern zurücksteht. Durch den Rückgang des Flaschenmilchverbrauchs ist überdies noch Erwerbslosigkeit geschaffen worden. Wiederum wird bestätigt, daß durch Senkung der Löhne und Gehälter die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann.

## Spirituosen- Ausschankpreise geregelt

Eine Verordnung des Preiskommissars.

Der Herabsetzung des Spirituspreises um ein Drittel ist nur sehr zögernd, teilweise überhaupt noch nicht die Herabsetzung der Ausschankpreise gefolgt. Es gab viele Gastwirte, die diese Preisreduzierung unbeachtet ließen und sich dadurch erhöhte Einnahmen verschafften. Diese Tatsache hat den ehemaligen Preiskommissar Dr. Goerdeler veranlaßt, zu verordnen, daß die Spirituosen-Ausschankpreise in allen Gaststätten unter Angabe der Gefäßgrößen durch besonderen Anschlag oder auf der Speisekarte oder auf der Getränkekarte deutlich kenntlich zu machen sind. Dabei ist der alte neben dem neuen Ausschankpreis anzubringen. Des weiteren wird in dieser Verordnung verlangt, daß ab 1. April 1934 beim Ausschank von Spirituosen in Gaststätten nur noch Gläser verwendet werden, deren Inhalt fünf im einzelnen bezeichneten Größen entspricht.

Man kann der Hoffnung sein, daß diese Verordnung im wesentlichen die Mißstände beseitigt, die durch die Spiritus-Preissenkung eingetreten sind. Wenn aber die staatliche Kontrolle ebenso mangelhaft ist wie bei der Aufsicht über die Durchführung der Bierpreissenkung, dann wird es doch noch viele Gastwirte geben, die sich erhöhten Gewinn zu sichern wissen. Es muß deshalb Aufgabe der Konsumenten sein, Kontrolle auszuüben und offensichtliche Verstöße nicht nur zur Anzeige zu bringen, sondern sie auch zum Anlaß zu nehmen, solche Gastwirtschaften zu meiden.

## Verbrauch an Brotgetreide

Die im letzten Jahre eingeschlagene Zollpolitik brachte alles andere, nur keine Besserung in der Preisgestaltung mit sich. Fest steht nach den neuesten Erhebungen, daß die vorhandene Menge an Brotgetreide unmöglich bis zur neuen Ernte ausreichen wird. Auch die eingetretene Lockerung durch die Zollsenkung für ein bestimmtes Quantum an Brotgetreide wird nicht dazu ausreichen, den Fehlbedarf zu decken. Es wird der neuen Regierung nichts anderes übrigbleiben, als weiter die Grenzen für die Einfuhr von Brotgetreide zu öffnen. Bei einem durchschnittlichen Monatsverbrauch von etwa 350 000 Tonnen Weizen und 420 000 Tonnen Roggen muß sich die Regierung recht bald zu weiteren Maßnahmen entscheiden. In unsinnigster Weise wurde die Verfütterung von Roggen freigegeben, um die Lagerbestände zu senken und dadurch eine Preisanziehung zu erreichen. Daß wir nicht weit mit dieser Regierungsmaßnahme gekommen sind, beweist das Zusammenschumpfen der Vorräte, die bis zur neuen Ernte nicht ausreichen werden.

Wir haben wenig Hoffnung, daß die neue Regierung eine vernünftige Zollpolitik in die Wege leiten wird, sondern befürchten das Schlimmste, und die aus den Kreisen der Großagrarien hervorgegangene adlige Regierung wird dem Volk den Brotkorb noch höher hängen.

## Deutschland erwacht

Ein Bericht über das „Dritte Reich“.

Von Michel Schlag zu.

IV.

### Der Hitlerlohn.

„So, meine Herrschaften“, wandte er sich jetzt an die Delegation, „Sie haben da gleich ein kleines Bild davon bekommen, wie wir im Dritten Reich die Wirtschaft gesichert haben.“ „Ja“, antwortete Ferdl. „dieser Anschauungsunterricht hat uns manche Frage erspart. Nur eins ist mir noch nicht klar geworden. Wie ist es denn mit dem Leistungslohn wonach wird der gestaffelt?“ Der Direktor war ungenehm berührt: „Ach, Sie meinen jene Erklärung in dem Düsseldorfer Hitlerblatt vom 22. Mai 1931: ‚Für Löhne und Gehälter wird (im Dritten Reich) nur ein einziger Tarif festgesetzt, der das Existenzminimum bezeichnet. Dieses Existenzminimum ist so niedrig festzusetzen, daß hierüber ein möglichst großer Raum für die Entwicklung des Leistungslohnes (dem Unternehmer) zur Verfügung steht.‘ Das mußte Adolf Hitler damals schreiben lassen, weil er die Arbeiterstimmen für die Wahl brauchte. Aber in der Praxis des Dritten Reiches sieht es etwas anders aus. Wir zahlen als Lohn nur das Existenzminimum.“ „Und was geschieht mit dem Ueberschuß?“ „Im Dritten Reich sind sofort die Dividenden erhöht worden. Das muß doch irgendwie herausgewirtschaftet werden. Da wird eben weniger Lohn gezahlt.“

### Im Arbeitsdienstlager.

Die Offenheit des Direktors hatte den SAF peinlich berührt, er wich jedem Gespräch aus. So fuhren sie schweigend in den Abend hinein; es dämmerte schon, als die ersten Posten des Arbeitsdienstlagers vor ihnen salutierten. Von weitem schon

hallten ihnen in gleichmäßigem Abstand Kommandos entgegen: auf, hinlegen, auf, hinlegen... Auf dem abendlichen Feld standen an 2000 junge Arbeiter in vollster Ausrüstung mit Sandsacktornister und aufgeschnallter Zeltbahn. „Hinlegen!“ Mit einem Schlage warfen sie sich auf den sandigen Boden, eine Staubwolke wirbelte auf.

„Sie sehen, meine Herren“, sagte der begleitende Lageroffizier, „wir sorgen durch unsere ausgleichende Gymnastik dafür, daß die Bengels wieder Disziplin in die Knochen kriegen. Aber es ist hier staubig, die Übungen sind ohnehin bald beendet. Wir besichtigen am besten unterdessen die Lageranlage.“

In den Baracken waren immer je vier Feldpritschen übereinander angeordnet. Der Raum war eng vollgestellt, an jedem Pritschenbau waren vier Kleiderhaken befestigt, auf je acht Pritschen kam ein Stuhl. Für Tische war in der Baracke kein Raum mehr, man hatte vor der Tür neben der Pumpe zwei rohgezimmerte Platten auf Böcke gelegt. „Die Pritschen sind etwas hart, aber schließlich, nach zehn Stunden Außenarbeit und zwei Stunden Ausgleichsgymnastik mit dem Sandsack im Tornister schlafen die Bengels auch auf nackter Erde ungewiegt.“

„Für die Mädchen wenigstens haben Sie doch wohllichere Baracken?“ „Wir haben gar keine Mädchen im Lager, wie wollten Sie denn da die Disziplin aufrechterhalten? Die dienstpflichtigen Mädchen werden für den Haushalt an Gutsherrinnen und vermögende Stadthausaltungen abgegeben.“ „Erhalten die Dienstpflichtigen überhaupt kein Bargeld ausgezahlt?“ „Aber nein, der Herr Reichsbankpräsident Feder hat doch am 2. April 1932 im ‚Völkischen Beobachter‘ die sofortigen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach Machtantritt der NSDAP aufgezählt und erklärt: ‚Ohne nennenswerte Schwierigkeiten können in kurzer Zeit

mindestens 500 000, die heute erwerbslos in den Städten feiern müssen, zum Arbeitsdienst eingezogen werden. Nennenswerte Mittel sind zusätzlich kaum anzuwenden, da die Beköstigung großer Mengen selbstverständlich noch billiger ist als die Erwerbslosenunterstützung.‘ Und die Erwerbslosenunterstützung haben wir natürlich aufgehoben. Im Dritten Reich gibt es kein Geld für Faulenzen.“ „Aber Sie können doch nicht behaupten, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen!“ „Nein, natürlich nicht alle, es gibt überall Ausnahmen, aber die Arbeitslosenunterstützung macht die Leute arbeitsscheu. Das hat unser Führer schon am 3. April 1931 im ‚Völkischen Beobachter‘ feststellen lassen.“ „Wovon leben denn die Familien der Arbeitsdienstpflichtigen?“ „Diese jungen Burschen haben ja zumeist gar keine Familien zu unterhalten. Und wenn da so ein altes Mütterchen sitzt: soviel, daß sie sich auf ihre Brotkarte ein Stück Schwarzbrot holen kann, wird sie immer noch als Scheuerfrau verdienen. Und schließlich gehen die drei Jahre Arbeitsdienst ja auch mal vorüber. Die, die auf der höheren Schule waren, brauchen ja überhaupt nur ein Jahr abzureißen.“ „Also Einjährige wie bei den Preußen.“ „Aber natürlich, dafür haben sie doch auch die höhere Schule besucht und was gelernt. — Aber jetzt lassen Sie uns hineingehen. Heute ist heiterer Abend im Rundfunk, da ist dienstfrei.“

In der Speisebaracke wurden gerade die Näpfe abgeräumt. Toni bedauerte das: „Ich hätte es gerne probiert.“ „Ja, ob sich das noch ermöglichen läßt, es wird immer nur gerade das Nötige gekocht...“ zögerte der Lageroffizier. „Aber, wenn Sie absolut wollen.“

Nach kurzer Zeit wurde ihnen ein Napf gebracht. „Es ist zwar nicht mehr ganz warm, wird also nicht mehr ganz so gut schmecken...“ Toni kostete, dann reichte er den Napf Joseph und Ferdl. „Das wird

## Eingeständnis der Phraseure

Die „revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition bereitet wieder einmal eine „kühne“ Schwenkung ihrer Taktik vor. Ein neuer Stern am Himmel dieser Organisation mit Namen Emmrich hat in spaltenlangen Ausführungen in der „Roten Fahne“ Nr. 130 mit „grundsätzlichen“ Bemerkungen Stellung genommen zu der gegenwärtigen kommunistischen Wühlarbeit in den Gewerkschaften. Sie wird von ihm, da sie bisher keine Erfolge gezeitigt hat, in Grund und Boden verdammt. Er gesteht ein, daß das scheinbar mit voller Ueberzeugungstreue erhobene Geschrei nach Herstellung der Einheitsfront nichts anderes gewesen ist als Phrasen, mit denen kein einziger Arbeiter überzeugt werden kann und schreibt:

Die Vorbedingung aber für die Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und unteren Funktionäre für den revolutionären Kampf ist die restlose Liquidierung der phrasenhaften Methoden des Herantretens an die uns fernstehenden Arbeiter, die es in der Vergangenheit unseren Anhängern im Betrieb, auf der Stempelstelle und in der Gewerkschaft unmöglich machte, eine Einheitsfrontpolitik durchzuführen. Mit Parolen wie: „Wir müssen die Gewerkschaften zerstören“, „die Beitragssperre organisieren mit radikal sein sollenden Geschimpfe, aber vor allen Dingen mit dem Herauslaufen aus den reformistischen Gewerkschaften, ist natürlich kein einziger reformistischer Arbeiter davon zu überzeugen, daß wir wirklich die einzigen Organisatoren der Einheitsfront der Arbeiter sind“. Nach den darauf folgenden Anweisungen soll eine Wendung dadurch herbeigeführt werden, daß kameradschaftliche Aufklärungsarbeit geleistet werden soll und daß Tageskämpfe organisiert und geführt werden sollen. Eine schallende Ohrfeige erteilt er auch den kommunistischen Tageszeitungen, die tagtäglich über Einheitsfrontaktionen zu berichten wissen, trotzdem nur schüchterne Schritte in der Praxis gemacht worden sind.

Dazu können wir dem neuen Heilsprediger nur erklären, daß auch seine taktische Schwenkung an dieser Tatsache nichts ändern werde. Die überzeugten Gewerkschafter lassen sich nicht aufklären von Leuten, die nicht wissen ob sie kalt oder warm sind; die einmal die Parole ausgeben, die Gewerkschaften zu zerstören, dann mit den Faschisten gemeinsam einen Volksentscheid durchführen, um einer faschistischen Regierung den Weg zu ebnen, die dann in Einheitsfront mit den Nazis faschistischen Mördern die Freiheit wiedergeben, damit diese erneut Arbeiterblut vergießen können und dann erklären, nur sie seien die einzig richtigen Vertreter der Arbeiterschaft und dabei nicht vergessen, über die Führer der Gewerkschaften Schmutzkübel auszuschütten. Nein, Aufklärung von Leuten dieser Sorte wird niemals ernst genommen werden, auch wenn diese Wölfe blütenweiße Schafpelze tragen. Für den Gewerkschafter besteht bereits seit langem die Einheitsfront, nämlich die „Eiserne Front“, in der alle Organisationen, die den Faschismus mit überlegener Taktik bekämpfen, vereinigt sind. Wer den Kampf gegen den Faschismus ernst meint, der muß Mitglied der Gewerkschaft werden. Nur so wird die Einheitsfront hergestellt.

heiß wohl auch nicht sehr viel besser geschmeckt haben, das ist doch Dörrgemüse. Im Kriege haben wir so was Drahtverhau genannt. Gestern hat's da wohl sicher Steckerbraten gegeben und vorgestern Erbsbrei oder Kohlsuppe.“ Der Lageroffizier lächelte verlegen. „Ja natürlich gibt es so etwas auch. Wir befinden uns nun mal in einer Zwangslage, das Essen darf nicht mehr als 40 Goldpfennig pro Mann und Tag kosten. Und was müssen wir alles dafür liefern! Mittags und abends muß warm gegessen werden, und morgens noch die Marmeladenstullen. Wir geben uns wirklich alle erdenkliche Mühe, aber glauben Sie, daß wir die Leute satt kriegen? Die haben immer Hunger!“

„Achtung, Achtung, hier Großlautsprecher Goebels. Der Knabenchor der Hitlerjugend singt aus dem Paragraphen 175 unseres Osaf Röhm: „O wie so trügerisch sind Weiberherzen“.

„Sehen Sie“, sagte der Lageroffizier. „unser Rundfunk trifft ganz den Geschmack unserer Leute. Der Rundfunk ist überhaupt fabelhaft! Täglich zwei Stunden Militärmärsche sind ein unübertreffliches Erziehungsmittel für nationale Gesinnung. Hören Sie, unser altes preußisches Reservistenlied!“

Unaufgefordert stimmten die jungen Leute ein:

Haben wir drei Jahr gedient, ist unsre Dienstzeit aus,  
dann schickt uns der Osaf wieder zerrissen und zerlumpt nach Haus!

Der Lageroffizier begleitete sie zu ihrem Citroën. „Ich hoffe, unser Arbeitsdienstlager wird Ihnen in bester Erinnerung bleiben!“

### Die Gaskammer.

Am nächsten Morgen wurden sie schon sehr früh geweckt. „Es ist heute Ihr letzter Tag. Sie haben Glück, gestern und heute sind die ersten Kontroll-

## Die rassereine Nazi-Partei

Nazileitung verleugnet gewählte Abgeordnete.

Um in dieser Zeit auch einmal etwas zur Erheiterung unserer Leser beizutragen, berichten wir über einen famosen Reinfall der Nazi-Reichsleitung. Vor einigen Tagen brachte der „Vorwärts“ eine Liste der tschechisch und polnisch klingenden Namen jener Abgeordneten kandidaten, die auf den Nazilisten zur Landtagwahl in Preußen enthalten gewesen sind. Es sind dies eine stattliche Anzahl. Sie beginnen alphabetisch geordnet mit den Namen Adamczyk, Ada-

meck, Czernowski und enden mit Trzeciak, Wockatz und Woysch. Alle diese Herren haben für eine Partei kandidiert, die für germanische Rassenkultur schwärmt und die Aufordnung des deutschen Volkes betreibt.

Nach vielen Tagen teilte das nationalsozialistische Organ in Berlin in Nummer 120 auf der ersten Seite unter der Ueberschrift „Sie lügen, sie lügen“ der erstaunten Öffentlichkeit mit, daß es unwahr sei, daß derartige Namen im Namensverzeichnis der Kandidatenliste der NSDAP, zu finden sind. Wahr wäre vielmehr, daß Träger solcher Namen von der NSDAP, zum Preußischen Landtag nicht aufgestellt worden sind.

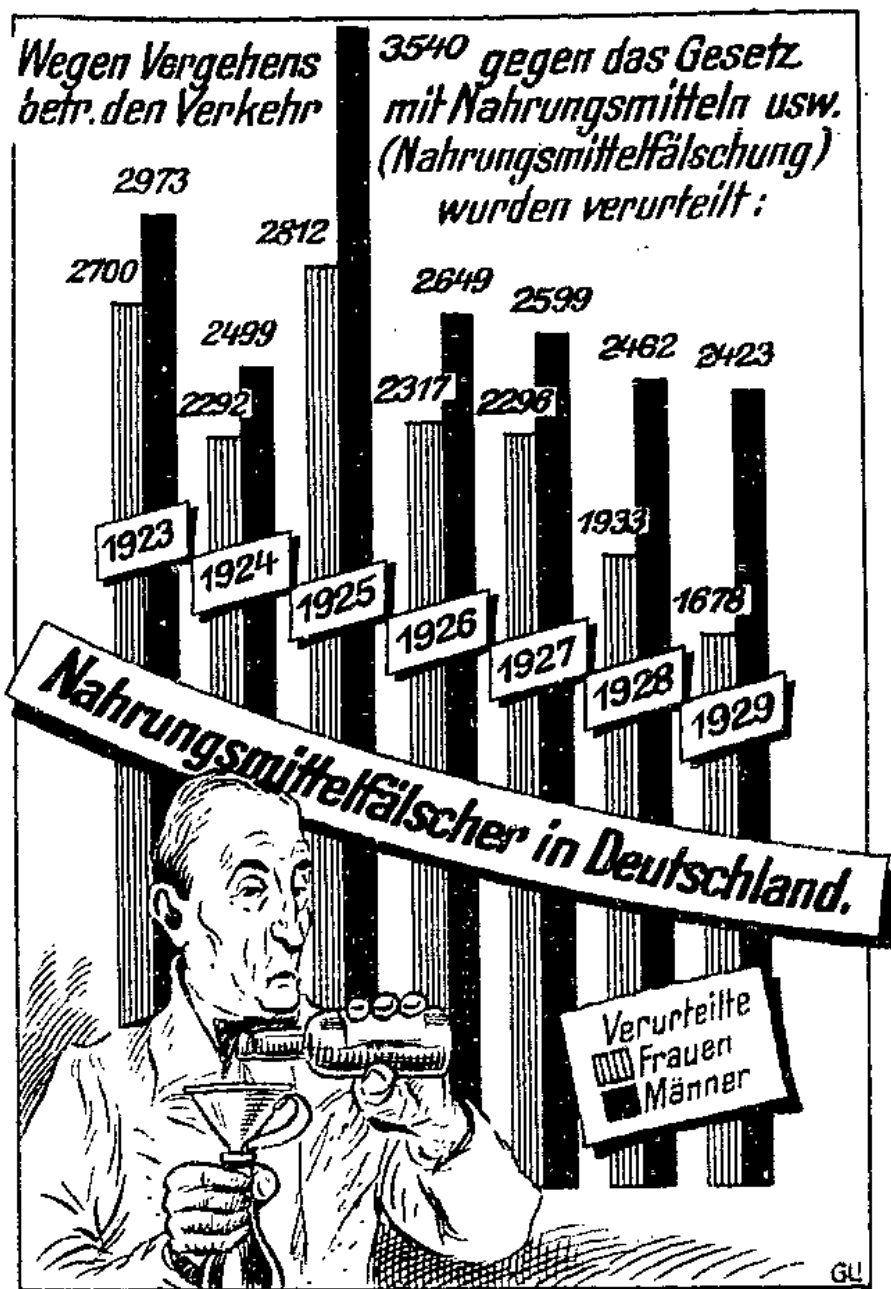
Bei der Berichtigung ist der Nazi-Reichsleitung ein schweres Mißgeschick unterlaufen, das noch nach langer Zeit erheiternd wirken wird. Erstens hat sie die folgenden fünf echt deutschen Namen aus der Aufstellung des „Vorwärts“ fortgelassen: Adamczyk, Krawielitzki, Slawik, Trzeciak und Woysch. Damit hatte sie zugegeben, daß diese doch auf den Listen standen. Der erste, der dritte und der letzte sind sogar gewählt. Zweitens hat sie folgende Abgeordnete, die bereits den Preußischen Landtag zieren, abgeleugnet, nämlich Czirnack, Kulisch, Magunia, Opalka und Paltinat. Man könnte annehmen, die Leitung der NSDAP, weiß gar nicht, wer alles gewählt ist. Zu ihren Gunsten nehmen wir an, daß das nicht der Fall ist, dann ist aber nur eins möglich, nämlich, daß sich die NSDAP, ihrer Abgeordneten mit diesen echt deutschen Namen schämt. Wer aber nun gelogen hat, das mitzuteilen, hat das Naziblatt bisher vergessen. Echt nationalsozialistisch.

## Geistig arme Staatsbürger

Reichsverband des Handwerks erhält Ohrfeige.

Als das Kabinett Brüning zurücktrat, schickte sich der „Reichsverband des deutschen Handwerks“ an, dem Reichspräsidenten Hindenburg als Ehrenmeister des deutschen Handwerks ein Telegramm zu senden. Das war am 1. Juni, zu einer Zeit, als die Pläne Hindenburgs und die des hochfeudalistischen Kabinetts noch in tiefes Dunkel gehüllt waren. Dieses Telegramm stellt ein Dokument der chronischen Ahnungslosigkeit in den Handwerkskreisen dar und zeigt, daß hier nicht nur politische Dilettanten, sondern auch reichlich naive Zeitgenossen sind. In ihrem rührseligen Kinderglauben haben sie eine Backpfeife bekommen, die sie nicht erwartet haben. Also kabelten sie an Hindenburg:

„Die Absicht des Herrn Reichspräsidenten, die ungeheueren Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft durch die Bildung eines Konzentrationskabinetts zu meistern, findet volles Verständnis beim Handwerk. Die stärkste Entfaltung aller produktiven Kräfte des Volkes und die Beseitigung aller Hemmungen, die einer Entwicklung dieser Kräfte bisher entgegenstanden, ist unbedingt notwendig. Dabei darf aber das Handwerk nicht wie bisher ausgeschaltet oder zurückgesetzt werden. — Deshalb fordern wir, gestützt auf die Notwendigkeit der Umbildung zum Klein- und Mittelbetrieb, daß neben Vertretern der Großwirtschaft und der Landwirtschaft auch Vertreter des gewerblichen Mittelstandes an entschiedener Stelle im Reichskabinett Aufnahme finden.“



Mit der zunehmenden Verfeinerung unserer Nahrungs- und Genußmittel hat auch die Technik der Verfälschungen von Nahrungsmitteln an Umfang und Raffinement gewonnen. Nicht nur Lebensmittel, die vor ihrer endgültigen Verwendung einen komplizierten Werdegang zu durchlaufen haben, werden oft verfälscht, viel mehr ist dies bei anderen, ursprünglicheren Erzeugnissen der Fall. Man schätzt die Milcherzeugung der Welt im Jahre auf 450 Milliarden Liter — wieviel Wasser mag sich hier wohl zugesellen! Die Zahl der wegen Lebensmittelverfälschung in Deutschland rechtskräftig verurteilten Personen hat, wie unsere Bildstatistik zeigt, von Jahr zu Jahr abgenommen, und besonders der Anteil der Frauen an diesen Straftaten ging stark zurück. Dennoch ist auch hier noch im Interesse der Volksgesundheit scharfe Ueberwachung und weitgehende Aufklärung nötig um Nahrungsmittelverfälschungen immer mehr einzudämmen.

versammlungen seit der Machtübernahme durch Adolf Hitler.“ „Ach, eine Stammrollenkontrolle?“ „Aber nein, ich sehe immer mehr, Sie sind in unserer nationalsozialistischen Literatur überhaupt nicht zu Hause. Kennen Sie nicht das Buch von Ernst Mann „Die Moral der Kraft“? Da hat er doch ausdrücklich schon erklärt, daß jährlich Kontrollversammlungen stattfinden sollen, bei denen der Gesundheitszustand des ganzen Volkes geprüft wird. Die Vorprüfungen haben schon in der letzten Woche stattgefunden. Und seit gestern untersuchen die Aerzte, ob sich Kuren für die einzelnen lohnen oder nicht. Ernst Mann hat in seiner Schrift gefordert: „Der Staat sorge streng für die Vernichtung aller Schwächlinge und Kränklinge. Auf jährlichen Kontrollversammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Aerzte zu prüfen, die Kranken und Schwachen sind auszuscheiden und zu vernichten. Auch außerhalb dieser Kontrollversammlung ist es die Pflicht eines jeden, der sich krank und elend fühlt, sich den Kontrollärzten zu stellen, für jeden, der einen kranken und elenden Menschen trifft, ihn der Gesundheitspolizei zu melden.“ „Und sind schon viele denunziert worden?“ „O ja, wir zahlen für jede Anzeige zwei Millionen Federmark.“ „Lassen die Kranken sich denn das gefallen? Die Aerzte werden doch sicher häufig von den Kranken bedroht werden?“ „Das hat Ernst Mann auch schon vorausgesehen. Er hat deshalb verlangt: „Den Kontrollärzten ist genügend militärische Gewalt beizugeben. ihr Amt auch gegen den Willen der Kranken streng durchzuführen.“ „Aber wenn ich mich recht entsinne, ist doch die nationalsozialistische Parteileitung offiziell von dieser Schrift von Mann abgerückt!“ „Aber nur nach außen, damit die Frauen weiter Hitler wählten.“ „Ach ja, wenn sie gemerkt hätten, wie es im Dritten Reich zugeht, so hätte keine einzige Frau nationalsozialistisch gestimmt.“ „Ja, und die

Eingeweihten müssen doch Bescheid gewußt haben. Am 20. Februar 1930 hat der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Merk im Badischen Landtag wörtlich erklärt: „Es ist nicht angebracht, für Unheilbare, für Krüppel und Sieche Millionen von Mark aus der Allgemeinheit herauszunehmen.“

„Aber wie führen Sie die Vernichtung durch?“ „Bei der Voruntersuchung schon geben wir den Kranken und Krüppeln den Rat, Selbstmord zu begehen. Aber die meisten wollen weiterleben. Was sollen wir mit solchen Leuten? Die werden seit gestern alle noch einmal untersucht, und wenn die Aerzte meinen, daß es schade um das Geld für die Kur ist, dann kommen sie in die Gaskammer.“

Sie schritten durch die üblichen Absperrungen in den Saal. In dem langen Raum waren Einzelzellen eingebaut, in denen die zu Untersuchenden entkleidet auf den Arzt warteten. Vor jeder Zelle stand mit entschärfter Waffe ein SA-Mann. Nach kurzer Rücksprache durften sie sich einem der Aerzte anschließen.

„Was haben Sie denn angestellt? Sie sehen ja aus wie eine Ruine“, fuhr der Kontrollarzt den ersten Kranken an. „Ich bin Eisenbahner. Bin beim Rangieren zwischen die Puffer geraten.“ „Hm. Wie alt sind Sie? 43? Also sowieso nicht mehr voll arbeitswertig. Und dazu noch 70 Proz. invalide. Ja, lieber Mann, es tut mir außerordentlich leid, aber auf Grund der geltenden Bestimmungen des Dritten Reiches . . .“

Der SA-Mann wird Sie heimbegleiten, damit Sie von Ihrer Familie Abschied nehmen können, und wird Sie morgen wieder hierherbringen. Fassen Sie sich, lieber Freund!“

Der SA-Mann zog den Vorhang zu.

(Schluß folgt.)

Inzwischen haben sich die Krautjunker, Schlotbarone, die Vertreter des Großkapitals und der Großbetriebe in den Regierungssesseln breit gemacht und beginnen nicht nur ihren Vernichtungszug gegen die Arbeiterschaft, sondern auch gegen die Kreise des Handwerks und des Mittelstandes. Ihre Regierungserklärung ist diktiert von nacktesten Profitinteressen, und was bisher noch nicht möglich war, das Handwerk und den Mittelstand noch weiter politisch und wirtschaftlich zu entrechten, wird sich nunmehr unter der Aera von Papen erfüllen. Aber in seiner Ahnungslosigkeit rennt das Handwerk den politischen Scharlatanen, den Hitler-„Sozialisten“ offen in die Arme, die ja nur die Interessen der Schlotbarone, Krautjunker und Großbetriebe vertreten.

Das Telegramm des Reichsverbandes ist erschreckend naiv, wenn von „Notwendigkeit der Umbildung zu Klein- und Mittelbetrieben“ gesprochen wird und der gewaltige Umschichtungsprozess, der sich in der deutschen Wirtschaft vollzog, von den Zünftlern unbeachtet bleibt. Sie haben ja lange Zeit den „Marxismus“ und die Gewerkschaften neben dem „System“ verantwortlich gemacht und lieferten sich durch ihre Kurzsichtigkeit und politischen Unvernunft ihren eigenen Peinigen aus. Das Telegramm beweist die politische Ahnungslosigkeit der Handwerkerführer. Jedermann weiß, daß der Kurs des Kabinetts Papen in die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterschaft und zur weiteren Proletarisierung des Handwerks und Mittelstandes führt. Wahrlich, das Handwerk hat nichts hinzuzulernen!

## Eine neue „Leuchte“ der Wissenschaft

### Professorale Betrachtungen über die Arbeitszeit.

Die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft steht mitten im Ringen um eine vernunftgemäße Gestaltung der Arbeitszeit. Ihre Forderung zur Verkürzung der Arbeitszeit entspringt dem Solidaritätsgefühl mit den Arbeitslosen und ist begründet im Rationalisierungstempo unserer Zeit. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre dringendste Aufgabe, den sechs Millionen Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Die Herrenklubregierung v. Papen, die mit ihrer Notverordnungs politik über die Arbeiterschaft die Hungerpeitsche schwingt, lehnt aber nach wie vor die Forderung auf Arbeitsbeschaffung ab. Bezeichnend ist, daß sich im Schatten der Herrenklubregierung eine Art „Wissenschaft“ breit macht, die mit allen Regeln wissenschaftlicher Verdrehungskunst ihre eigenen Betrachtungen über die Arbeitszeit anstellt. Dazu gehört auch Geh. Justizrat Prof. Dr. C. Bornhak, der den wissenschaftlichen Unsinn verzapft, der Achtstundentag habe die Arbeit zu einer strafbaren Handlung gemacht, weil selbst der Arbeitswillige heute, ohne bestraft zu werden, nicht länger arbeiten dürfe. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung läßt sich diese „Größe der Wissenschaft“ wie folgt aus:

„Jeder weiß von der eigenen Arbeit, daß es einer gewissen Vorbereitung und eines gewissen Ansatzes bedarf, bis man in die Arbeit hineinkommt. Erst wenn man mittendrin ist, geht die Arbeit glatt fort. Dieser Ansatz muß bei Kürzung der Arbeit öfter wiederholt werden. Die Arbeitsleistung wird also durch Arbeitsverkürzung trotz gleicher Arbeitsstunden beim Wechsel der Arbeiter geringer werden. Diesen volkswirtschaftlichen Nachteil hat aber der Unternehmer zu tragen.“

Diese „wissenschaftliche“ Schlussfolgerung ist der „Weisheit“ letzter Schluß! Der Geh. Justizrat sollte mal acht Stunden lang vor einem Dampfbackofen, beim Fleischtragen oder im nassen und kalten Brauereikeller anschauen. Ob er dann überhaupt bis zum notwendigen „Ansatz“ der Arbeit gelangt und wie er dann über die Arbeitszeitverkürzung und seinen professoralen Quatsch denkt, das dürfte keinem Zweifel unterliegen. Welche wunderbaren Worte hat doch Robert Blum diesen „Professoren“ ins Stammbuch geschrieben, indem er sagt: „Fünfundsiebzig Professoren, Vaterland, du bist verloren!“

## Bekanntmachungen des Vorstandes

**Bestellungen für Kalender 1933.** Bestellungen auf die Verbandskalender und den Wandkalender sind unverzüglich beim Verbandsvorstand aufzugeben. Der Mitgliederkalender kostet 50 Pfennig, der Fahrerkalender 60 Pfennig. Lehrlings- und Wandkalender werden gratis verabfolgt. Die Anfertigung der Kalender erfolgt nur nach den Bestellungen.

**Ausschlüsse:** Auf Antrag der Ortsgruppe Meissen werden Otto Seifert, Bäcker, geboren am 19. Juni 1886 in Bauda bei Großenhain, Buchnummer 38 593, und Artur Henschel, Bäcker, geboren am 15. April 1904 in Meissen, Buchnummer 100 506, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Mannheim wird Robert Luther, Müller, geboren am 14. November 1901 in Kahlstädt, Buchnummer 302 189, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen. Der Verbandsvorstand.

## Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 10. Juni bis 16. Juni 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

### Ortsgruppen:

Freiburg/Brs. 38,96, Geislingen 25,—, Dessau 961,—, Eisenach 350,—, Heidelberg 380,—, Wilhelmshaven 350,—, Heilbronn 102,66, Frankfurt am Main 101,48, Gleiwitz 34,80, Grabow 150,—, Lübeck 17,16, Reichenau 200,—, Zwickau 28,32, Goslar 110,—, Köln 60,24, Münster 500,—, Landshut 315,—, Potsdam 300,—, Berlin 9,35, Christianstadt 50,—, Konstanz 100,—, Mühlhausen 250,—, Oldenburg 16,32, Brigg 300,—, Achim 100,—, Elbing 300,—, Emden 300,—, Riesa 740,—, Straubing 150,—, Uelzen 150,—, Waren 30,—.

### Sonstigen:

Schöna 6,—, Kierberg 1,84, Berlin 2,50, Augsburg 2190,—, Berlin 200,—, 49,22, Monheim 67,20, Hamburg 1,08, Berlin 1,06, Lobes 15,30, Genf 4,—, Berlin 1,44, 3,50.

## Korrespondenzen

**Bremen.** (Neuer Böttcher-Tarif.) Nachdem die Unternehmer im Bremer Böttchergewerbe den Tarifvertrag zum 30. November 1931 gekündigt hatten, kündigten sie auch das laut Notverordnung verlängerte Lohnabkommen zum 31. Mai. Durch die Notverordnung wurden die Stundenlöhne bereits von 1,25 Mk. pro Stunde auf 1,10 Mk. gesenkt. Mit der Kündigung des Abkommens wurde ein weiterer Lohnabbau von 15 Pf. verlangt, was wir ablehnten. Bei den Verhandlungen wurde von uns erklärt, daß wir kein Interesse an der Regelung der Lohnfrage allein hätten, sondern an einer Gesamtregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen festhalten. Eine Einigung zwischen den Parteien kam nicht zustande, so daß der Schlichtungsausschuß angerufen wurde. Dieser empfahl eine Verlängerung des Tarifvertrages vom 3. Oktober 1929 bis zum 30. Juni 1933 und schlug vor, den Stundenlohn auf 1 Mk. bis zum 31. Oktober 1932 festzusetzen. Wenn seitens unserer Kollegen der Schiedsspruch gleichfalls angenommen wurde, so nur deshalb, weil sie einmal den Hauptwert auf einen Tarifvertrag legten und zum anderen mit Rücksicht auf die geringe Zahl der noch Beschäftigten.

**Bremen.** (Fleischermeister für Verlängerung der Lehrzeit.) Am 5. Juni fanden sich im Bezirk Bremen rund 700 Fleischermeister zum 22. Bezirkstag im Deutschen Fleischerverband ein. Neben Berufsfragen wurde auch die Lehrlingsfrage behandelt und beschlossen, die Lehrzeit auf 3½ Jahr zu verlängern. Wer weiß, daß die Fleischermeister nicht nur in Oldenburg, sondern in ganz Nordwest und ihre Gesellen vom Bund, mit ganz geringen Ausnahmen, den Nazis zuzählen sind, den wundert dieser Beschluß nicht. Bezeichnend ist, daß die Innungen Bremen und Bremerhaven sich bis jetzt gegen jede Verlängerung der Lehrzeit wehrten. Die Lehrlingsausbeuter sind in erster Linie in den kleinen Städten und Landgemeinden zu finden, dort, wo schon längst die unbegrenzte Ausbeutung wie in der Vorkriegszeit eingeführt ist. Auf unsere sofort an die Handwerkskammer Harburg-Wilhelmsburg gerichtete Beschwerde wurde uns mit Schreiben vom 9. Juni mitgeteilt, daß die Kammer in ihrer Vollversammlung am 26. Februar 1932 einen Antrag auf Verlängerung der Lehrzeit für das Fleischnegewerbe abgelehnt habe. Es sei nicht zu erwarten, daß ein neuer Antrag auf Verlängerung der Lehrzeit von 3½ Jahren Annahme finde. Ob es aber dabei bleibt, ist abzuwarten. Wir werden die Augen offen halten.

**Kulmbach.** Die Ortsgruppe hatte zu Ehren der Verbandsjubilare eine schlichte Feier veranstaltet. Das Fest wurde umrahmt von Musik- und Gesangsvorträgen des Arbeiter-Musik-Vereins und des Volkschors „Union“. Nach der Begrüßung durch Kollegen Gg. Nanning sprach Fr. Türk einen im Kampfgeist gehaltenen Prolog. Die daran anschließende Festrede hielt Kollege Fruchtnicht, Berlin. Er verwies auf die Vergangenheit der alten Bier- und Böttnerstadt Kulmbach, in der während der wirtschaftlichen Blütezeit der 10. Teil der Einwohnerschaft Mitglied unseres Verbandes war. Leider hat sich durch die Stilllegung von Brauereien und Fabrikfabriken am Orte vieles geändert. Von den Mitbegründern der ehemaligen Berufsverbände sind heute noch 17 Kollegen am Orte. Trotz aller Schikanen von Polizei und Unternehmertum hatten die Böttner sich bereits 1889 dem Böttcherverband, und die Brauereiarbeiter 1896 dem Zentralverband der Brauereiarbeiter angeschlossen. Einmal wurden die Organisationsarbeiten durch den Stadtverweis des 1. Vorsitzenden etwas gehemmt. Das Unternehmertum im Bunde mit den Behörden hat es jedoch nicht vermocht, die Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung aufzuhalten. Neben den Jubilaren gebührt Ehre auch deren Frauen, die ein Menschenalter gemeinsam im Kampf gestanden haben für Menschenrecht und Freiheit. Dieses Gut zu hüten und zu verteidigen beschworen alle Festteilnehmer durch das Gelöbnis, trotz aller Wirrnisse der Neuzeit treu zum Verbandsverband zu stehen. Im Namen der Jubilare sprach Kollege Kienzel den Dank aus für die Ehrung. Er gab dabei dem Wunsche Ausdruck, daß besonders die jugendlichen Kollegen dem Eifer und der Ausdauer aller älteren Verbandskollegen folgen mögen. Der gemütliche Teil wurde vom Arbeiter-Musik-Verein und vom Kollegen Albert Sittig durch seine heiteren, humoristischen Vorträge bestritten.

**Oldenburg.** In der Fabrik Klöckgeter wurde die Aussperrung der Belegschaft am 8. Juni beendet. Mit Klöckgeter wurde eine Vereinbarung getroffen, daß unsere Kollegen nicht mit den Streikbrechern in einer

Werkstatt zusammen arbeiten brauchten, Klöckgeter säuberte deshalb die Werkstatt von diesen Ehrenmännern und brachte diese in einem anderen Raum unter. Diese Vereinbarung hat Klöckgeter bis Dienstag, den 14. Juni eingehalten, dann verlangte er, daß drei dieser Streikbrecher in die Akkordgruppe unserer Kollegen eingereiht werden sollten, trotzdem diese Leute nie solche Arbeiten gemacht hatten, also hätten diese Herrschaften nur wiederum den Akkordlohn unserer Kollegen gedrückt. Unsere Kollegen berieten sich auf die Vereinbarung, die mit Klöckgeter getroffen war: sie die Vereinbarung, die mit Klöckgeter getroffen war: sie wurden einfach fristlos entlassen, angeblich wegen Arbeitsverweigerung. Klöckgeter erzählt bei den Verhandlungen stets, daß er sein Ehrenwort nicht in der Westentasche trage, aber wir stellen fest, daß Klöckgeters Ehrenwort keinen Heller wert ist.

**Ulm a. D.** (Tarifabschluß in den Brauereien.) Die Brauereien hatten den Tarifvertrag gekündigt. Der Entwurf der Unternehmer sah weitgehendste Verschlechterungen vor. Auf eine Einigung war kaum zu hoffen. In der zweiten Verhandlung kam es auch zum Scheitern. Einzelne Bestimmungen, über die in der ersten Verhandlung bereits eine Einigung vorhanden war, sollten auf Wunsch der Unternehmer erneut verschlechtert werden. So mußte es zum Bruch kommen. Am darauffolgenden Tag wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt. Die „Gold-Ochsen“-Brauerei stand abwartend und sprach keine Kündigung aus. Die Einigkeit der Unternehmer hatte dadurch einen Stoß bekommen. In der Sektionsversammlung konnte die Einmütigkeit der Brauereiarbeiter zur Abwehr festgestellt werden. Die Brauereigesellschaft hatte jedem Arbeitnehmer einen Vertrag zur Unterschrift unterbreitet, der noch weitere Verschlechterungen vorsah wie der neue zur Behandlung stehende Entwurf. Dem Direktor war doch nicht so wohl dabei. Er rief vor Ablauf der Kündigungsfrist den Schlichtungsausschuß an. Dort kam auch der Abschluß des Tarifvertrages wieder zustande. In den Hauptpunkten wurde der alte Vertrag erneuert. Der Vorstoß der Unternehmer zur weitgehendsten Verschlechterung des Tarifs und auch die Ausschaltung der Organisation ist abgewehrt worden durch die Einigkeit der Brauereiarbeiter. Nur der Zusammenhalt in der Organisation konnte ihnen ihre wohlverworbenen Rechte sichern und die Unternehmerforderungen abwehren.

## Gewerkschaftliche Rundschau

**60 Jahre Sattler-Verband.** Der Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller blickte am 17. Juni auf sein sechzigjähriges Bestehen zurück. Es war insbesondere der Initiative des unvergeßlichen Arbeiterführers Ignaz Auer zu verdanken, daß es zur ersten Einberufung des Sattlerkongresses kam. Dort wurde die Gründung des Allgemeinen Deutschen Sattlervereins, dem Auer als Vorsitzender vorstand, beschlossen. Später hatte die Organisation unter dem Sozialistengesetz zu kämpfen, löste sich auf und wurde 1881 in Berlin erneut gegründet. 1909 erfolgte die Vereinigung mit den Portefeullern und Tapezierern zur bestehenden Organisation. Eine ruhmreiche Geschichte, die sich in der Zeit seines sechzigjährigen Bestehens vor der Öffentlichkeit abgerollt hat, liegt hinter dieser Organisation. In schärfsten Kämpfen mit der Unternehmerrreaktion leisteten ihre Mitglieder gewaltiges zum kulturellen und sozialen Aufstieg aus den Niederungen rückständigster Lohn- und Arbeitsverhältnisse. An dieser Ueberzeugungstreue werden die Bestrebungen der Reaktion abprallen und ungebrochener Kampfesmut wird auch in der Zukunft die Mitglieder zu neuen Taten anspornen.

**10 Jahre Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.** Vor zehn Jahren, am 18. Juni 1922, fand in Leipzig die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, der Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Beamtenverbände. Der ADGB und Afa-Bund riefen diese gewerkschaftliche Beamtzentrale ins Leben und in einem viel beachteten Aufruf hieß es: „Beamte, Angestellte und Arbeiter gehören in eine Einheitsfront, wenn sie nicht geschlagen werden wollen. Sie müssen eine einheitliche Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik vertreten, um in allen gemeinsamen Arbeitnehmerfragen zusammenwirken zu können.“ Dem Beamtenbund traten acht Verbände bei und bereits am 27. Mai 1922 erschien Nr. 1 des Organs der „Gewerkschaftlichen Beamtzentrale“. Der ADB ist heute neben dem ADGB und dem Afa-Bund eine machtvolle Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer. Wenn der Beamtenschaft im Laufe des letzten Jahrzehnts des Bestehens des ADB in der Öffentlichkeit Achtung und Anerkennung zuteil wurde, dann ist das ein wesentliches Verdienst der im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund konzentrierten Beamtengewerkschaften.

**Verbandstag des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen.** In Breslau fand im Laufe der vorigen Woche der 5. Verbandstag des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen statt. Der Tagung kam infolge des brutalen Sozialabbaues besondere Bedeutung zu. In allen Tagesordnungspunkten und Ausführungen der Redner auf dem Verbandstag kam zum Ausdruck, daß sich der Sozialabbau ganz besonders unter den Invaliden und Witwen furchtbar auswirken muß. Die in Breslau gefaßten Beschlüsse des Verbandes sind deshalb Alarmrufe, die die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands angehen. Trotz der Wirtschaftskrise ist der Verband nach wie vor noch immer ein beachtenswerter Faktor im Kampfe um die

Rechte der Arbeiterschaft. Seit dem letzten Verbandstag konnten 62 000 neue Mitglieder gewonnen werden. Das Verbandsorgan, die „Deutsche Invalidenzeitung“, erscheint in einer Auflage von 400 000 Exemplaren. Auch die finanziellen Grundlagen des Verbandes sind unerschütterlich. So wurden in den letzten drei Jahren 1,3 Mill. Mk. Sterbeunterstützung ausgezahlt, ein Beweis der finanziellen Schlagkraft des Verbandes! Der Bericht des Vorstandes und die Aussprache fand allseitige Zustimmung durch den Verbandstag.

**Der ZdA. und sein neues Heim.** Unter den Gewerkschaften, die ein eigenes Heim bezogen haben, befindet sich auch der Zentralverband der Angestellten. Diese Organisation hat im letzten Jahrzehnt eine sehr gute Entwicklung durchgemacht. Mit 203 489 Mitgliedern, gegenüber 150 000 1926, gehört der ZdA. zu den größten Gewerkschaftsorganisationen überhaupt. Die Zentrale war bisher in einem Mietshaus mit schlechten Büroverhältnissen untergebracht. Unter günstigen Bedingungen wurde das Geschäftshaus in Berlin, Potsdamer Str. 75, erworben. Drei Stockwerke des Gebäudes sind vom Architekten Albert Gottheiner als Büroräume für den ZdA. umgebaut. Der Architekt hat seine Aufgabe glänzend gelöst. Helle freundliche Räume ohne jeden Prunk wurden geschaffen. Es bleibt nur zu wünschen, daß jeder Angestellte solche günstigen und schönen Arbeitsplätze erhalten könnte. Der ZdA. kann über eine glänzende Entwicklung berichten. Neben den großen bürgerlichen Verbänden hat er sich gut behauptet. Die Krise hat ihm noch nicht viel anhaben können. Wir sind davon durchdrungen, daß diese Angestelltenorganisation sich auch in der Zukunft überall durchsetzen und weiter gut entwickeln wird. Das neue Heim soll und muß Ausgangspunkt weiterer Erfolge sein. Soweit Angestellte, männliche oder weibliche, den Reihen der organisierten Arbeiter entstammen, ist es ihre Pflicht, dem ZdA. beizutreten und dadurch dessen zukünftige Entwicklung sichern zu helfen.

**Sozial- und Wirtschaftspolitik**

**Katastrophaler Rückgang der Ein- und Ausfuhr.** Die Außenhandelsbilanz für den Monat Mai bildet ein recht trostloses Bild. Die Einfuhr ist nach vorübergehender Steigerung im vorhergehenden Monat sowohl wertmäßig als auch mengenmäßig unter die Einfuhr im März gesunken. Der Rückgang der Lebensmitteleinfuhr ist an sich belanglos, obwohl darin zum Ausdruck kommt, daß der Bedarf im Inland infolge der geschwächten Kaufkraft weiter abgesunken ist. Weit schlimmer ist der Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen. Diese Tatsache bestätigt erneut, daß gar keine Aussicht besteht auf Besserung der Wirtschaftslage. Würden Merkmale einer Besserung vorhanden sein, so würde dies zuallererst im gesteigerten Bedarf von Rohstoffen zum Ausdruck kommen.

Auf einen bisher noch nicht erreichten Stand ist die Ausfuhr herabgesunken. Sie erreicht mit 447 Millionen Mark noch nicht die Hälfte des Monatsdurchschnittes vom Jahre 1930 und ist mengenmäßig etwa halb so groß wie die Ausfuhr im Oktober 1929. Der größte Teil des Ausfuhrückganges entfällt auf die Fertigwaren. Insbesondere ist die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, nach Großbritannien und den Niederlanden zurückgegangen, während die Ausfuhr nach Rußland und China gesteigert werden konnte. Die Außenhandelsumsätze im Mai schließen mit einem Aktivum in Höhe von 87 Millionen Mark.

**Fleischverbrauch im ersten Vierteljahr.** Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Schweinefleischmenge aus beschauten Schlachtungen im ersten Vierteljahr 1932 um 215 000 Doppelzentner gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgegangen. Obwohl sich der Rind- und Kalbfleischverbrauch behaupten konnte, bleibt er aber hinter dem Verbrauch des ersten Vierteljahres 1930 zurück. Der gesamte Fleischverbrauch belief sich im ersten Vierteljahr 1932 auf 13,20 kg, während er im Vorjahre 13,26 kg auf den Kopf der Bevölkerung betrug.

**Allgemeine Rundschau**

**Widerlegte Verleumdungen.** Die Nazipresse, die nach Art der Revolver- und Hintertreppenpresse vor einiger Zeit von angeblichen Devisenschiebern einer Bauhütte sprach, wird nun gemeiner Lügen überführt. Sie behauptete, der Geschäftsführer der Bauhütte für Pommern hätte in Verbindung mit einem französischen Bankhaus Devisen ins Ausland verschoben und sich durch Flucht der Verhaftung entzogen. Dazu teilt uns der Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H. mit, daß es sich bei diesen Gerüchten um bewußte Verleumdungen handele. Vielmehr erhielt die Bauhütte für Pommern Ende 1930 — die abschließenden Verhandlungen fanden Anfang 1931 statt — den Auftrag, in Paris ein Bauvorhaben mit 10 000 Wohnungen durchzuführen. Verzinnt wurde, deutsche Arbeiter und deutsches Baumaterial zu verwenden. In diesem Zusammenhang schwindelten die Nazi, der Geschäftsführer hätte Devisen ins Ausland verschoben. Die Provinzialbank Pommern ist ebenfalls jederzeit in der Lage, bestätigen zu können, daß kein Betrag von 500 000 Mk. „verschoben“ wurde. Mit Recht bezeichnet der Verband sozialer Baubetriebe diese naziotischen Verleumdungen als „Unanständigkeit“, die „wohl kaum noch zu überbieten“ ist.

**Internationales**

**Spanien ratifiziert das Nachbackverbot.** Am 25. März ratifizierte der Cortes das Internationale Uebereinkommen zum Verbot der Nacharbeit in den Bäckereien. Hierzu wurde folgendes Gesetz erlassen:

„Das Uebereinkommen betreffend die Nacharbeit in den Bäckereien, angenommen auf der Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahre 1926, wird ratifiziert. Die Regierung ist ermächtigt, diese Ratifikation am Generalsekretariat des Völkerbundes zu registrieren.“

Die Staatsbürger, die es angeht, sowie die Gerichte und Behörden sind aufgefordert, diesem Gesetze Geltung zu verschaffen.

Madrid, den 8. April 1932.“

Durch diesen Beschluß ist nunmehr auch die Nacharbeit in den Bäckereibetrieben Spaniens gesetzlich verboten. Bestimmt würden die spanischen Bäckereiarbeiter

**Für die Freiheit!**

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr' dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig. —

**Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherlein zählt! Gib**

noch lange die Ratifikation fordern müssen, wenn die Monarchie noch am Ruder wäre.

**Verbandstag in Belgien.** Am 11. und 12. Juni tagte in Brüssel der 15. Kongreß des Verbandes der Lebens- und Genußmittelarbeiter. Dem Bericht war zu entnehmen, daß auch Belgien von der Wirtschaftskrise erfaßt ist. Bei einem Mitgliederstand von 7552 im Jahre 1931 gibt es 1193 Arbeitslose.

Während die Brauindustrie von der Krise bisher noch nichts wahrnahm — dort soll das Geschäft noch glänzend sein — und die Bäckerei, Fleischerei und Müllerei noch einigermaßen stabile Verhältnisse aufweisen, ist die Krise spürbar in der Konditorei. In der Zucker verarbeitenden Großindustrie sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit stark auf die erfolgte Rationalisierung zurückzuführen. Es verschwinden die kleinen und finanziell schwachen Betriebe immer mehr. Dazu kommt, daß die Süßwarenbetriebe in Nordfrankreich, um ihre Landsleute in Arbeit zu halten, die Belgier rücksichtslos brotlos machten. Die Zunahme in den letzten 2 Jahren betrug rund 1000 Mitglieder. Die Gesamtmitgliedschaft verteilt sich auf 1308 Getränkearbeiter, 360 Mühlenarbeiter, 1915 Bäcker in Privatbetrieben, 522 Fleischer in Privatbetrieben, 1855 Süßwarenarbeiter, 581 Arbeiter in Genossenschaftsbetrieben, 600 Gastwirtsgehilfen, 441 in anderen Betrieben beschäftigte Arbeiter. Stark in Anspruch genommen wurden die Unterstützungen. Der Verband verausgabte in den Jahren 1930 und 1931 in runden Summen: an Arbeitslosenunterstützung 825 000 Fr., an Krankenunterstützung 276 000 Fr., an Streikunterstützung 50 000 Fr. und an Invalidenunterstützung 65 000 Fr. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1931 rund 3 Mill. Fr. Invalidenrentner hatte der Verband Ende 1931 243.

Scharfe Kämpfe mußten auch um die Aufrechterhaltung des Nachbackverbots geführt werden. Vor allem waren es die Genossenschaften, die die Freigabe des Dreischichtensystems für sich anstrebten. Unter Assistenz der IUL und der ihr angeschlossenen Verbände gelang es, dem Vorstoß der Genossenschaften zu begegnen. Der Verband hat auch einen Gesetzentwurf verfaßt, der das Verbot der Nacharbeit der Bäckermeister zum Ziel hat.

Die Arbeit des Verbandes galt dann noch dem Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung und dem Zustandekommen eines Berufsausbildungsgesetzes. Beide Fragen waren zum Verbandstag besondere Tagesordnungspunkte. Zum Berufsausbildungsgesetz sprach ein Abgeordneter des belgischen Parlaments, dessen starkes Einsetzen für

diese Materie im Parlament ihm die Ehrenmitgliedschaft des Verbandes einbrachte. Durch die Debatte über den Geschäftsbericht zog sich wie ein roter Faden die Erkenntnis der Zweckmäßigkeit der Betriebsorganisation. Unangenehm wurde empfunden, daß weniger die Zahl der überhaupt Organisierten, als vielmehr die Zersplitterung der Kollegen in mehreren Verbänden die Bewegungen im Endergebnis beeinträchtigen, besonders in den Genossenschaften treffe das stark zu. Abgesehen von einigen Großschlachtereien konnten trotz stark bemerkbarer Krisenerscheinungen die Verhältnisse gehalten werden. Den durch die kommunistischen Allüren der Ortsgruppe Lüttich eingerissenen Lücken in der richtigen Beitragsbemessung soll insofern ein Ende gemacht werden, als nach einer gründlichen Debatte eine Kommission eingesetzt und ermächtigt wurde, spätestens am 1. Januar 1933 Ordnung zu schaffen. Der Situation entsprechend wurde noch die Unterstützung bei Kurzarbeit geregelt.

**Norwegischer Fleischerverband 1930/31.** In den Berichtsjahren trat eine erhebliche Verschlechterung durch Zunahme der Arbeitslosenziffer ein. Auch hier spielen sich die gleichen Ursachen wie in allen Krisenländern ab, nämlich Kaufkraftschwund und zunehmende Arbeitslosigkeit. Dennoch wurden bei den Lohn- und Tarifbewegungen recht gute Fortschritte verzeichnet. 1930 bestanden 28 Tarifverträge für 800 Arbeiter und 1931 konnten 15 Lohnbewegungen für 250 Arbeiter geführt werden. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 956 auf 1027. Stark in Anspruch genommen wurde das Verbandsvermögen durch die Arbeitslosenunterstützung. Hierfür wurden im Jahre 1931 27 868 Kronen ausgezahlt. Dennoch konnte das Verbandsvermögen auf 106 962 Kronen steigen. In den nächsten Tagen findet die Generalversammlung statt, die sich mit der Frage der Verschmelzung mit dem Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verband u. a. beschäftigen wird.

**Literatur**

**I. G. Deutschland.** Ein Staat im Staate. Von Helmut Wickel. 219 Seiten. In Ganzleinen. Preis 4,30 Mk. Verlag: Der Bücherkreis, Berlin SW 61.

Die chemische Industrie hat in Deutschland eine besondere Stellung und besitzt darüber hinaus Weltgeltung, die dieser Industrie unbestreitbar die Führung auf chemischem Gebiet gesichert hat. Die Entwicklung der Industrie, deren entscheidende Teile heute in den I. G. Farbenwerken zusammengefaßt sind und ihren Einfluß auf Wirtschaft und Politik schildert der Verfasser. Er versteht es, ohne ermüdend zu wirken, die feinsten Zusammenhänge klarzulegen, wobei er bemüht ist, dem Laien auch chemische Vorgänge verständlich zu machen. Es gelingt ihm dies überraschend gut.

**Die Konsumgenossenschaftsbewegung im Freistaat Sachsen.** Ein Beitrag zur Geschichte der Konsumgenossenschaftsbewegung im Freistaat Sachsen nach Dokumenten bearbeitet, von den ersten Anhängern der Bewegung im Jahre 1845 bis zur Gegenwart. Von Karl Launer. Mit einem Vorwort von Hermann Fleißner. 78 Seiten. Preis broschiert 2,85 Mk., geb. 3,80 Mk. Dreikreisverlag Bad Dürrenberg.

Der Verfasser hat mit sehr vielem Fleiß wichtiges und interessantes Material über die sächsische Konsumgenossenschaftsbewegung zusammengestellt und damit die genossenschaftliche Literatur um ein wertvolles Buch bereichert.

**Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands.** 109 Seiten. Herausgegeben durch die Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14.

**Der Weg zur sozialistischen Planwirtschaft.** Geschichte und Verwirklichung einer Idee. Von Dr. Otto Frieder. 67. Seiten. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68.

Der Verfasser gibt einen sehr instruktiven Ueberblick über die Geschichte der Sozialisierungsidee, ihre Entwicklung nach den Novembertagen und im russischen Experiment, das er offenbar auf Grund eigenen Studiums kurz und übersichtlich beschreibt.

**Jahrbuch 1931 des Verbandes Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller.** Erschienen im Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14.

**Anzeigen**

Unserm Kolleg, Fritz Birkelbach und seiner lieben Frau zu ihrer am 25. Juni 1932 stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Küfer [1,80]  
der Dortmunder-Union-Brauerei.

Unserm Kollegen Karl Schröder und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Ortsgruppe Frankfurt a. d. Oder. [1,50]

Unserm Kollegen Alfred Bartich nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Ortsgruppe Frankfurt a. d. Oder. [1,50]

Unserm Kolleg, Christian Halmer und seiner lieben Frau Walli zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
Ortsgruppe Rosenheim. [1,50]

Unserm Kolleg, Paul Wiczorek, Milchverkäufer, und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Ortsgruppe Gleiwitz-Beuthen. [1,80]

**Werbt für eure Organisation!**

**Nachruf!**  
Am 8. Juni verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege Gustav Maier  
Bäcker, im 41. Lebensjahre. Stets werden wir seiner ehrend gedenken. (4,20)  
Die Kollegen der Ortsgruppe Erlangen

**Nachruf!**  
Am 14. Juni 1932 verstarb plötzlich unser Kollege, der Invalide  
Johann Babatz  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. (3,90)  
Ortsgruppe Beuthen-Gleiwitz

**Nachruf!**  
Am 15. Juni entriß uns der Tod unseren Kollegen den Müller  
Albrecht Mahlsch  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. (3,60)  
Ortsgruppe Oranienburg

\*) 1 Franc etwa 12 Pfennig.

# Frauenrecht

## Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer  
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner  
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

24. Fortsetzung.

Früh um acht Uhr forderte man Schwejk auf, in die Kanzlei zu gehen.

„Auf der linken Seite bei der Kanzleitür ist ein Spucknapf, dort wirft man die Zigarettenstummeln hinein“, belehrte Schwejk ein Arrestant. „Dann, im ersten Stock, gehst du auch an einem vorbei. Man kehrt den Gang erst um neun, also wird was dort sein.“

Aber Schwejk enttäuschte ihre Hoffnung. Er kehrte nicht mehr auf Nummer sechzehn zurück. Neunzehn Unterhosen kombinierten und vermuteten mancherlei.

Irgendein sommersprossiger Soldat von der Landwehr, der am meisten Phantasie besaß, verbreitete, Schwejk habe seinen Hauptmann angeschossen und man habe ihn heute auf den Exerzierplatz in Motol zur Hinrichtung geführt.

10.

Schwejk als Offiziersdiener beim Feldkuraten.

1.

Seine Odyssee begann von neuem unter der ehrenvollen Begleitung zweier Soldaten mit Bajonetten, die ihn zum Feldkuraten führen sollten.

Seine Begleiter waren Männer, die einander gegenseitig ergänzten. War der eine von ihnen lang und hager, so war der andere klein und dick. Der Lange hinkte auf dem rechten Fuß, der kleine Soldat am linken. Beide dienten im Hinterlande, weil sie früher, bis zum Krieg, vom Militärdienst vollständig befreit gewesen waren.

Sie gingen ernsthaft auf der Fahrbahn und blickten von Zeit zu Zeit von der Seite auf Schwejk, der in der Mitte schritt und jedem Zweiten salutierte. Seine Zivilkleider waren im Magazin des Garnisonarrestes verloren gegangen, samt seiner Soldatenmütze, mit der er zur Assentierung gegangen war. Bevor man ihn entließ, hatte man ihm eine alte militärische Montur gegeben, die irgendeinem Dickwanst gehört hatte, der um einen Kopf größer war als Schwejk.

In die Hosen, die er trug, wären noch drei Schwejks hineingegangen. Endlose Falten von den Füßen bis über die Brust, wohin die Hosen reichten, erweckten unwillkürlich die Verwunderung der Schaulustigen. Eine ungeheure Bluse mit Flicklappen auf den Ellbogen, voller Fettflecke und schmutzig, schlotterte an Schwejk wie ein Rock an einer Vogelscheuche. Die Hosen hingen an ihm herab wie ein Kostüm an einem Zirkusklowen. Die Soldatenmütze, die man ihm gleichfalls im Garnisonarrest ausgetauscht hatte, reichte ihm bis über die Ohren.

Auf das Gelächter der Vorübergehenden antwortete Schwejk mit einem weichen, warmen Lächeln und dem Sanftmut seiner gutmütigen Augen.

Und so marschierten sie nach Karolinenthal, zur Wohnung des Feldkuraten.

Als erster sprach Schwejk der kleine Dicke an. Sie waren gerade auf der Kleienseite unter dem Laubengang.

„Woher bist du?“ fragte der kleine Dicke.

„Aus Prag.“

„Und wirst du uns nicht weglassen?“

Der Lange mischte sich in die Unterredung. Es ist eine überaus merkwürdige Erscheinung, daß die kleinen Dicken größtenteils gutmütige Optimisten zu sein pflegen, während die hageren Langen im Gegenteil Skeptiker sind.

Und deshalb sagte der Lange zu dem Kleinen:

„Wenn er könnt, möcht er weglassen.“

„Und warum möcht er weglassen“, ließ sich der kleine Dickwanst vernehmen. „er ist so gut wie frei, aus Garnisonarrest heraus. Hier trag ich's im Paket.“

„Und was ist dort in dem Paket fürn Feldkuraten?“ fragte der Lange.

„Das weiß ich nicht.“

„Also siehst du, weißt nichts und sprichst.“

Sie gingen in tiefem Schweigen über die Karlsbrücke. In der Karls-gasse sagte abermals der kleine Dicke zu Schwejk:

„Weißt du nicht, warum wir dich zum Feldkuraten führen?“

„Zur Beichte“, warf Schwejk gleichmütig hin, „morgen wer ich aufgehängt. Das macht man immer so und nennt es geistlichen Trost.“

„Und warum wird man dich, wie man sagt —“ fragte vorsichtig der Lange, während der Dicke Schwejk teilnahmsvoll betrachtete.

Beide waren Handwerker vom Land, Familienväter.

„Ich weiß nicht“, antwortete Schwejk, gutmütig lächelnd, „ich weiß von nichts. Vielleicht ist es Bestimmung.“

„Wahrscheinlich bist du auf einem unglücklichen Planeten geboren“, bemerkte der Kleine mitfühlend mit Kennerniene. „bei uns in Jasena bei Josefstadt, noch während des Preußenkriegs, hat man auch so einen gehängt. Sie sind um ihn gekommen, ham ihm nichts gesagt und in Josefstadt ham sie ihn gehängt.“

„Ich glaub“, sagte der Lange skeptisch, „daß man einen Menschen nicht hängt um nichts und wieder nichts, es muß immer irgendeine Ursache dazu sein, damit man's begründen kann.“

„Wenn kein Krieg is“, bemerkte Schwejk, „so muß man's begründen, aber im Krieg nimmt man auf einen Menschen nicht Rücksicht. Soll er an der Front fallen oder zu Haus gehängt wern. Gehpft wie gesprungen.“

## Krankenhauspflege in der Familienhilfe

Neben den verschiedentlichen Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung haben die Notverordnungen der letzten Zeit auch eine Verbesserung insofern gebracht, als die Familienhilfe, die früher eine Mehrleistung der Krankenversicherung war, zur Regelleistung erhoben worden ist. Sämtliche Krankenkassen sind demnach verpflichtet, dieselbe zu gewähren. Im Rahmen derselben steht den Angehörigen der Versicherten freie ärztliche Behandlung auf die Dauer von 13 Wochen zu. Ebenso haben die Angehörigen für die gleiche Dauer Anspruch auf Erstattung der Hälfte von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel. Neben diesen Pflichtleistungen konnte die Krankenkasse die Familienhilfe durch Mehrleistungen erweitern bzw. ergänzen. Der § 205 der Reichsversicherungsordnung bestimmt u. a. folgendes: „Die Satzung kann ferner Krankenhauspflege für Familienangehörige oder an ihrer Stelle einen Zuschuß hierfür zubilligen.“ Die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat nun grundsätzlich die Mehrleistungen in der Krankenversicherung abgeschafft. In der Praxis erhoben sich bald Zweifel darüber, ob die Krankenhauspflege in der Familienhilfe als Mehrleistung anzusehen ist und damit auch nicht mehr gewährt werden dürfte.

Diese Zweifel versuchte der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß über „Das neue Notrecht in der Krankenversicherung“ vom 23. Dezember 1931 zu klären. Es heißt da: „Für die Angehörigen von Versicherten ist die Krankenhauspflege eine Mehrleistung. Geht die Krankenhauspflege auf Rechnung des Angehörigen, so hat dennoch die Kasse für die ärztliche Behandlung, für die Arznei und kleineren Heilmittel in den Grenzen des § 205 RVO., also bis zur halben Höhe, aufzukommen. Um die Abrechnung zu vereinfachen, wird die Uebernahme eines Bruchteiles des Pflegesatzes zweckmäßig sein. Ähnliches wird bei der Unterbringung von Kindern in Kinderheimen gelten.“

Am 20. Februar 1932 hat das Reichsversicherungsamt einen weiteren „Beschluß betr. Krankenhauspflege für Familienangehörige“ veröffentlicht. In diesem Bescheid heißt es, daß eine Satzungsbestimmung, die

Krankenhauspflege für Angehörige vorsieht, nach dem Inkrafttreten der Vierten Notverordnung ungültig ist. Gleichzeitig wird auf den oben angeführten Erlaß hingewiesen, nach welchem die Krankenkasse verpflichtet ist, im Falle der Unterbringung eines Angehörigen im Krankenhaus die entstehenden Arztkosten und einen Teil der Kosten für Arznei und Heilmittel zu übernehmen. Der Bescheid vertritt weiter die Rechtsauffassung, daß die in § 205 vorgesehene Zubilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Krankenhauspflege ebenfalls eine Mehrleistung darstellt, da dieser Zuschuß an die Stelle der Krankenhauspflege kommt. Die an die Stelle der Krankenhauspflege ist demnach auch abzulehnen. Schließlich hat sich noch das Reichsversicherungsamt mit dieser Frage beschäftigt und hat am 20. Februar 1932 folgende Entscheidung gefällt: „Die als Familienhilfe gewährte Krankenhauspflege oder der statt ihrer zugebilligte Zuschuß zu den Kosten der Krankenhauspflege ist eine Mehrleistung. Der Zuschuß zu den Kosten der Krankenhauspflege als Familienhilfeleistung soll mindestens so hoch sein, daß die Kosten einer kassenärztlichen Behandlung sowie die Kosten für Arzneien und kleinere Heilmittel, soweit die Kasse zu deren Kostenübernahme verpflichtet ist, gedeckt werden.“

Aus all diesen Ausführungen ist die Rechtslage klar ersichtlich. Die Krankenhauspflege für Angehörige der Versicherten fällt unter den Begriff der Mehrleistung. Die Krankenkassen sind demnach weder verpflichtet, noch berechtigt, Kosten hierfür zu übernehmen. Die Kassen müssen jedoch, falls ein Angehöriger im Krankenhaus untergebracht wird, mindestens die Kosten für ärztliche Behandlung und die Hälfte der Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel tragen. Dies kann in Form eines baren Zuschusses geschehen, falls die Kasse diese Leistungen nicht in natura gewährt. Uebernimmt die Kasse diese Kosten durch Gewährung eines Zuschusses, so muß dieser so bemessen sein, daß er einerseits für den Versicherten eine wirtschaftlich ins Gewicht fallende Entlastung darstellt, andererseits aber nicht den vollen Betrag, der dem Versicherten durch die Krankenhauspflege insgesamt verursachten Kosten erreicht. Diese sind vielmehr zu einem nicht unwesentlichen Teil vom Versicherten oder seinen Angehörigen selbst zu tragen. Dem Vorstand der Kasse bleibt es nach pflichtmäßigem Ermessen überlassen, im Einzelfalle nach Maßgabe der Satzungsbestimmungen die Höhe und die Dauer dieses Zuschusses festzusetzen. KI—s.

„Hör einmal, bist du nicht irgendwie politisch?“ fragte die Hopfenstange. Dem Ton seiner Frage merkte man an, daß er anfing, Schwejk geneigt zu sein.

„Politisch bin ich bis zu viel“, lachte Schwejk.

„Bist du nicht Nationalsozialist?“ Jetzt fing der kleine Dicke an vorsichtig zu sein. Er mischte sich ins Gespräch. „Was geht uns das an“, sagte er, „überall ist voll von Menschen und man beobachtet uns. Wenn wir wenigstens irgendwo in einem Hausflur die Bajonette herunter-



„Zur Beichte.“ warf Schwejk gleichmütig hin, „morgen wer ich aufgehängt.“

nehmen könnt, damits nicht so aussieht. Wirst du uns nicht weglassen? Wir hätten draus Unannehmlichkeiten. Hab ich nicht recht, Toni?“ wandte er sich an den Langen, der leise sagte:

„Die Bajonette könntn wir herunternehmen. Er ist doch einer von den unsern.“

Er hörte auf, Skeptiker zu sein und seine Seele war von Mitleid mit Schwejk erfüllt. Sie suchten also einen geeigneten Hausflur, wo sie die Bajonette herunternahmen und der Dicke erlaubte Schwejk, neben ihm zu gehen.

„Du möchtest rauchen, was?“ sagte er, „ob sie dich —“ Er wollte sagen: „Ob sie dich wohl rauchen lassen werden, bevor sie dich aufhängen“, aber er vollendete den Satz nicht, denn er fühlte, daß es eine Taktlosigkeit gewesen wäre.

Sie rauchten alle und die Begleiter Schwejks fingen an, ihm von ihren Familien im Königgrätzer Kreis zu erzählen, von ihren Frauen, Kindern, von einem Stückchen Feld, von einer Kuh. —

„Ich hab Durst“, sagte Schwejk.

Der Lange und der Kleine blickten einander an.

„Irgendwohin auf ein Bier möchten wir auch gehn“, sagte der Kleine, die Zustimmung des Langen herausführend, „aber irgendwohin, wo's nicht auffallend wär.“

„Gehn wir zum ‚Kuklik‘“, schlug Schwejk vor, „die Bajonette gebt ihr euch in die Küche, der Wirt Serabona is Sokol, vor dem müßt ihr euch nicht fürchten.“

„Man spielt dort Geige und Harmonika“, fuhr Schwejk fort, „und es gehn Straßenmädln hin und verschiedene andere feine Leute, die nicht ins Repräsentationshaus dürfen.“

Der Lange und der Kleine schauten einander nochmals an und dann sagte der Lange: „Also gehn wir hin, nach Karolinenthal is noch weit.“

Unterwegs erzählte ihnen Schwejk verschiedene Anekdoten und sie traten gutgelaunt bei Kuklik ein und taten so, wie Schwejk ihnen geraten hatte. Die Gewehre deponierten sie in der Küche und gingen ins Lokal, wo Geige und Harmonika den Raum mit den Klängen des beliebten Liedes erfüllten: „Ja, in Pankratz, auf dem kleinen Hügel, führt ein hübscher kühler Weg...“

Irgendein Fräulein, das einem abgelebten Jüngling mit glatt frisierem Scheitel auf dem Schoß saß, sang mit heiserer Stimme: „Hab ein Mädln aufgegabelt und ein ander geht mit ihr.“

Bei einem Tisch schlief ein betrunkenen Sardinenverkäufer, von Zeit zu Zeit wachte er auf, schlug mit der Faust auf den Tisch, murmelte: „Es geht nicht“, und schlief wieder weiter. Hinter dem Billard unter dem Spiegel saßen drei andere Damen und riefen irgendeinem Kondukteur von der Eisenbahn zu: „Junger Herr, spendieren uns einen Wermut.“ Bei der Musik stritten zwei, daß irgendeine Marke gestern von der Patrouille erwischt worden war. Einer hatte es mit eigenen Augen gesehen, und der zweite behauptete, daß sie sich mit irgendeinem Soldaten zu „Walsch“ ins Hotel ausgegangen seien.

In der Nähe der Tür saß ein Soldat mit einigen Zivilisten und erzählte ihnen von seiner Verwundung in Serbien. Er hatte eine verbundene Hand und die Taschen voll Zigaretten, die er von den Leuten bekommen hatte. Er sagte, daß er nicht mehr trinken könne, und einer von der Gesellschaft, ein glatzköpfiger Greis, forderte ihn unaufhörlich auf: „Trinken Sie nur, mein Lieber, wer weiß, ob wir noch zusammenkommen. Soll ich Ihnen was aufspielen lassen? Ham Sie gern ‚Das Waisenkind‘?“

Das war nämlich das Lied des glatzköpfigen Greises und wirklich kreischten nach einer Weile Geige und Harmonika auf, wobei dem Greis Tränen in die Augen schossen und er mit zitternder Stimme sang: „Als es Sprach erlangte, nach der Mutter bangte, nach der Mutter bangte.“

Vom Nebentisch her ertönte es: „Lassen Sie sich das, lassen Sie sich ausstopfen. Hängen Sie sich auf einen Nagel. Verduften Sie mit ihrem Waisenkind.“

Fortsetzung folgt!